

Fehler und Forderungen
Schriften zur Neugestaltung deutscher Politik

Herausgegeben v. Palatinus

3

M. J. Bonn

Amerika als Feind



München bei Georg Müller



Fehler und Forderungen

Schriftenfolge zur Neugestaltung deutscher Politik

Herausgegeben von Palatinus

Heft 3:

Bonn / Amerika als Feind

6.—9. Tausend



Moritz Julius Bonn

Amerika als Feind



München / Georg Müller



Vorwort.

Vom 3. August 1914 bis zum 14. Februar 1917 habe ich mich in den Vereinigten Staaten aufgehalten. Ich habe während dieser Zeit nicht nur drei Semester lang an den Universitäten Kalifornien, Wisconsin und Cornell Vorlesungen gehalten, sondern auch in Wort und Schrift in den verschiedensten Landesteilen und vor den verschiedensten rein amerikanischen Kreisen die deutsche Sache vertreten. Dabei habe ich den Standpunkt, von dem aus die Masse der Amerikaner Deutschlands Rolle im Weltkrieg betrachtet, gründlich kennen gelernt. Ich habe auf den folgenden Blättern versucht, ihre Stellungnahme von diesem ihrem Standpunkt aus darzustellen und dabei bewußt auf die Kritik verzichtet. Was ich gegen die amerikanische Auffassung zu sagen hatte, habe ich dort gesagt, wo es gesagt werden mußte: In Amerika vor amerikanischen Gegnern.

Berlin, August 1917.

M. J. Bonn.



Die Tatsache, daß Amerika unser Feind geworden ist, wird von vielen Leuten als natürliches Ende einer langen Entwicklungsreihe betrachtet, deren Abschluß sich seit Kriegsbeginn vorbereitete. Die führenden Klassen der Vereinigten Staaten, so etwa sagen sie, empfinden englisch. Es ist natürlich, daß ihr Land in dem Augenblick auf dem Plane erscheint, wo Englands Dasein wirklich gefährdet ist, also bei Wiederaufnahme des uneingeschränkten Unterseebootkrieges. Von diesem Standpunkte aus ist unser Verhältnis zu den Vereinigten Staaten während des Kriegs nicht sowohl eine Frage der Staatskunst gewesen, das durch geschickte Maßnahmen günstig gestaltet werden konnte, es war vielmehr durch ein Naturgesetz bedingt, gegen das niemand anzukämpfen vermochte. Eine solche Auffassung, die die Vergangenheit scheinbar restlos erklärt, bedeutet eine große Gefahr für die Zukunft.

I.

Es kann nicht bezweifelt werden, daß einflußreiche Schichten in den Vereinigten Staaten englisch fühlen. Die amerikanische „Gesellschaft" gravitiert naturgemäß nach England. Die Ähnlichkeit der äußeren Lebensformen und die zahlreichen Familienbeziehungen wirken in dieser Richtung. Dazu kommt der Umstand, daß die Annehmlichkeiten der englischen Lebensführung den zahlreichen Personen zugänglich waren, die sich im Besitz ausreichender Mittel befanden und gewillt waren, einige verhältnismäßig einfache Gesellschaftsregeln zu befolgen. Wenn die Kieler Woche einigen hervorragenden Finanzmagnaten während ein paar Tagen Gelegenheit bot, dem kaiserlichen Hofe nahezutreten, so wurde das durch die private Gastfreundschaft mehr als wettgemacht, die die englische Gesellschaft Tausenden und Abertausenden von Amerikanern erwies. Sie hat sie nicht immer geliebt und nicht immer auf alle ihre Empfindlichkeiten Rücksicht genommen, sie hat aber stets verstanden, die Masse der amerikanischen Gäste als Vettern besser zu behandeln, als sie es anderswo gewohnt waren.

Das wurde besonders durch die engen Geschäftsbeziehungen erleichtert, die zwischen den Vereinigten Staaten und England bestanden. Rein zahlenmäßig

betrachtet spielte der deutsch-amerikanische Handel eine beachtenswerte Rolle im amerikanischen Außenverkehr, — selbst gegenüber dem Handel des gesamten britischen Weltreichs. Aber England war nicht nur Käufer und Verkäufer von Waren, es war vor dem Krieg der Bankier der überseeischen Welt und ganz besonders der Geldgeber der Vereinigten Staaten. Die ganz großen nordamerikanischen Finanzgeschäfte internationalen Charakters wurden in London gemacht. Die Londoner Börse war besonders vor der Schaffung der neuen amerikanischen Bankgesetzgebung der Regulator und die wichtigste Sicherung des amerikanischen Geschäftslebens. Bei dem engen Zusammenhang, der in den Vereinigten Staaten, außerhalb des Südens, zwischen Geschäft und Gesellschaft besteht, ergänzten und bedingten geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen einander im anglo-amerikanischen Verkehr.

Dazu kommen als dritte einflußreiche Schicht die Intellektuellen. Rein geistig betrachtet sind die Vereinigten Staaten auch heute noch eine englische Provinz. Die gebildeten Schichten des Ostens gestalten das amerikanische Geistesleben. Sie schöpfen aus englischen Quellen, während der amerikanische Westen sich aus ihren Beständen versorgt. Wie der Geschäftsmann des Ostens in England seine Geldgeber sucht, während er

selbst der Geldgeber des Westens ist, so etwa gestaltet sich das Verhältnis der Intellektuellen. Die amerikanische Universität ist aus dem englischen College hervorgegangen, in dem die „Brahmanen Neuenglands“ ihren Zöglingen den wissenschaftlichen Katechismus lehrten, zusammengestellt vom Standpunkt ihrer Glaubensgemeinschaft. Die amerikanische Universität der Gegenwart war ursprünglich keine Heimat der Forschung. Sie beginnt erst langsam eine Stätte der wissenschaftlichen Berufsbildung zu sein. Ihre Hauptaufgabe ist eine doppelte: sie will auf der einen Seite die Summe der Kenntnisse, über die ihre Dozenten verfügen, der größtmöglichen Zahl von Studenten zugänglich machen, Kenntnisse teils praktischer, teils theoretischer Natur; teils wissenschaftlich, teils allgemein bildend. Sie will auf der anderen Seite dem Studenten eine kulturelle Allgemeinbildung geben, die den akademisch Gebildeten von dem nicht so Begünstigten auszeichnen soll. So ist sie auf der einen Seite eine Mischung von Gymnasium, Realgymnasium und Oberrealschule, die ziemlich unvermittelt in den Unterbau der Universität und der technischen Hochschule übergeht, auf der anderen Seite eine bewußte Nachbildung des englischen College mit dem Ziel: „Gentlemen“ zu züchten. Princeton, die akademische Heimat des Präsidenten Wilson, ist

nach Form und Inhalt eine bewußte und in gewissem Sinne erfolgreiche Nachahmung von Oxford. Wenn an anderen Orten, wie zum Beispiel in Harvard, kontinentale Einschläge kräftiger gewirkt haben, so ist dafür dort der theologisch-theokratische Charakter der Neu-England-Schule um so stärker gewesen und von Harvard aus über das ganze Land verbreitet worden. Sie erstrebt das englische Bildungsideal, das Wissen über Denken, Form über Gehalt und Glauben über Zweifel und Forschen stellt. — Die einflußreichen Kreise der Vereinigten Staaten senden ihre Söhne zur Universität, nicht weil sie eine Berufsbildung erhalten sollen, sondern weil sie ihnen einen allgemeinen Kulturschliff zu geben wünschen. So werden sie im Osten nach englischen Stanzen ausgeprägt.

Dabei ist zu bedenken, daß in Amerika diejenigen gelehrten Berufe, die die einflußreichsten sind, nämlich der des Juristen und des Geistlichen, und in weitem Abstand ihnen folgend, der des Professors, in englischem Boden wurzeln.

Die amerikanische Jurisprudenz beruht bewußt auf englischen Vorbildern. In diesem Neuland, das auf allen Gebieten von einem Geist rationalistischen Ungestüms erfüllt ist, leben juridische Formalistik und Scholastik ungestört fort. Ja, die amerikanisch-forensische

Scholastik feiert im Gerichtssaal Triumphe, die der englischen Mutter versagt blieben. Das Pantheon des amerikanischen Rechtsgelehrten umfaßt alle die Götter, denen seine englischen Kollegen huldigen. Zwischen den Richtern des Obersten Gerichtshofes und einigen zu Botschaftern avancierten Anwälten kapitalkräftiger Gesellschaften blicken englische Oberrichter und perückengeschmückte Lordkanzler herab.

Ähnlich ist es mit der Geistlichkeit. Wenngleich zahlreiche Glaubensgemeinschaften nicht mehr ausschließlich auf Mitglieder der angelsächsischen Bevölkerung angewiesen sind, so sind die gesellschaftlich einflußreichsten Kirchen, die amerikanische Bischofskirche und die presbyterianische Kirche, mit dem englischen Kirchenleben eng verwachsen. Bei der gewaltigen Bedeutung des kirchlichen Lebens in Amerika, das weniger in innerer Religiosität, als in äußerer Zugehörigkeit besteht, kann man diesen Einfluß nicht hoch genug veranschlagen. Und obwohl die Hochschul- und Mittelschullehrer, deren Sphären nicht voneinander getrennt sind, in der öffentlichen Meinung nicht übermäßig viel Ansehen genießen (wenn man von den Präsidenten der Universitäten und einigen bekannten Namen absieht), so darf auch ihr Einfluß nicht unterschätzt werden, da er durch zahlreiche Colleges und Mittelschulen bis in

jedes Städtchen und größere Dorf auswirkt. Auch sie sind im wesentlichen englisch gerichtet.

Dazu kommt noch der Umstand, daß die Verkehrssprache aller Kreise die englische ist. Sie bindet nicht nur alle Bestandteile des vielsprachigen amerikanischen Volkes im Laufe der Zeit zu einer Einheit zusammen, sie vermittelt allen den Anschluß an die Quellen des englischen Denkens und verschließt allen, die nur sie beherrschen, den Weg zu fremder Gedankenwelt, selbst wo ihre nächsten Vorfahren noch in solcher wurzelten. Das macht zwar das amerikanische Volk nicht zu Engländern: Seit über einem Jahrhundert spricht die Mehrzahl des irischen Volkes in der Heimat wie in Amerika ausschließlich oder überwiegend englisch. Ihre Angehörigen sind dadurch weder im Denken noch im Fühlen Angelsachsen geworden. Es macht aber dem amerikanischen Volke den Inhalt der englischen Gedankenwelt ohne Umschaltung zugänglich. Das führt einerseits dazu, daß England die Nachrichtenstelle Amerikas für alle nicht rein-amerikanischen Dinge geworden ist, da der englische Nachrichtenapparat ohne viele Arbeit und Kosten auf amerikanische Bedürfnisse umgestellt werden kann. Es führt andererseits dazu, daß die englische politische Literatur ohne Abänderungen in Amerika eingeführt werden kann. Englands

politische Phrase hat vollen Kurswert in Amerika. Die englische Literatur ist ein Fertigfabrikat, bei dessen Absatz nur die Verpackung eigens für den amerikanischen Markt hergestellt werden muß. Die fremde Literatur dagegen ist ein Halbfabrikat, das in Amerika erst bearbeitet werden muß. Auch lockt der große amerikanische Markt mit seinen zahlreichen Chancen viel junge Schriftsteller aus England in die amerikanische Zeitungswelt.

Politisch ist der Zusammenhang zwischen den Vereinigten Staaten und England in jeder Beziehung zerrissen. Die Ausführungen über einen geheimen englisch-amerikanischen Vertrag, die immer wiederkehren, gehören ins Reich der Fabel. Sie stellen bestenfalls die Träume einer kleinen ehrgeizigen Schicht dar, die sich, eine selbstgemachte Aristokratie, gern als Hofgesellschaft um einen König gruppieren möchte.

Kulturell ist aber Amerika heute noch eine Kolonie, deren Mutterland vorwiegend, aber nicht ausschließlich, England war.

Diese kulturelle Betonung des Angelsachsentums ist in den letzten Jahren mehr und mehr in den Vordergrund getreten. Je größer die Masse der fremdsprachlichen, schwer assimilierbaren Einwanderungsbevölkerung war, je mehr die alten Einwanderer sozial empor-

stiegen und mit ihren angelsächsischen Nachbarn verschmolzen, desto dünner wurde die Schicht der reinenglischen Bevölkerung. Sie nahm auf der einen Seite durch Geburten nicht stark zu, sie wurde auf der anderen Seite durch Wanderung über das ganze Land zerstreut. Wenngleich si: so englische Kultur über den ganzen Erdteil trug, so begann sie doch überall den Einflüssen der Vermischung mit anderen Bevölkerungsschichten zu erliegen. Während sie das westliche Amerika zu anglisieren suchte, amerikanisierte sie sich selbst. Jenseits der Alleghanyberge entstand der neue Typus des amerikanischen Volkes, der zwar die englische Sprache, umgemodelt zum amerikanischen Idiom, spricht, aber nur amerikanische Interessen kennt und eine amerikanische Gedankenwelt zu entwickeln beginnt. Hier im mittleren Westen und im neuen Westen entstand der Amerikanismus in bewußtem Gegensatz zu politischer und kultureller Abhängigkeit von Europa. Hier entwickelte sich die neue Staatsuniversität, die auf der einen Seite wissenschaftliche Berufsbildung erstrebt, auf der anderen Seite der Forschung zu dienen sucht, und dadurch naturgemäß Anlehnung an deutsche Beispiele bewirkte. Hier war die Wiege des Progressivismus, dessen soziale Staatsauffassung die schärfste Verneinung des neu-englischen Individualis-

mus ist. Wie die Küstenstaaten am Ausgang der alten Kolonialepoche gegen das europäische Mutterland rebellierten, so lehnt sich der koloniale Westen gegen das Stammland im Osten auf.

Auf der anderen Seite ist das altangesessene Neuengländertum durch Einwanderung aus seinen Sitzen geradezu herausgetrieben worden. Nicht nur Newyork, das stets kosmopolitisch war, auch die anderen großen Städte sind längst Fremdenstädte geworden. Boston ist heute eine irisch-italienische Stadt, soweit die Masse der Bevölkerung in Betracht kommt. In den kleinen Fabrikstädten verdrängen französische Kanadier, Russen, Polen, Iren und Italiener die Alteingesessenen. Selbst auf dem Lande sind schon Polen, Iren und Portugiesen an die Stelle der Neuengland-Farmer getreten, die nach Westen gewandert sind.

Die aufsteigende Flut der fremden Nationalitäten hat die eigentlichen Angelsachsen mehr und mehr zu einer Minderheit gemacht. Zu einer Minderheit allerdings, die durch Besitz, Bildung und soziales Beharrungsvermögen von selbst den Neuankömmlingen gegenüber in die Stellung einer Aristokratie gleitet. Diese Aristokratie besitzt keine irgendwie aristokratischen Eigenschaften. Sie ist ihrer Weltauffassung und ihrer Veranlagung nach ein mehr oder minder gebildetes Bürger-

tum, das vorübergehend Aristokratie spielt, — nachdem es die eigentliche Aristokratie des Südens ihrer Führerschaft beraubt hat. Es sucht aber in seinen oberen ehrgeizigen Schichten in die Rolle einer Aristokratie hineinzuwachsen, indem es seine Eigenart (Abstammung von den Pilgervätern) betont und seine Ausnahmestellung zu sichern sucht. Daraus ergibt sich ein leidenschaftliches Studium angelsächsischer Stammbäume, wie es vor allem in Boston blüht, getragen von der Überzeugung, daß der Nachweis der Abstammung von den Pilgervätern es zum auserwählten Volke mache. Praktisch folgt daraus das Streben, die englische Eigenart rein zu erhalten und sie der großen Mischbevölkerung gegenüber als etwas Höheres hinzustellen. Der Haß Neuenglands gegen Altengland schwindet allmählich mit der Verschiebung der internationalen Machtverhältnisse und der Demokratisierung Englands. Die Abneigung der schmalen oberen Schichten Neuenglands gegen die Fremden und besonders die Iren nimmt zu; sie führt zu einer gewissen Sympathie mit England, dessen Feinde die Iren sind. Dabei spielt die Abneigung des Puritanertums gegen den Katholizismus eine gewisse Rolle. Der Gegensatz zu den neuen sozialen Ideen, zum Teil mit sozialistischem Anstrich, die, in Deutschland erdacht, in

Amerika von fremden Elementen vertreten werden, zwingt zur Verherrlichung der individualistisch-industriellen Gedankenreihen, die das England der Königin Victoria erzeugte. Es ist so ein Trieb der sozialen Selbsterhaltung, der diese amerikanische Aristokratie, die noch vor einem halben Jahrhundert England wegen der Förderung der Konföderiertensache bitter haßte, mehr und mehr englisch empfinden läßt. Es ist ganz natürlich, daß diese Empfindung gerade in Kriegszeiten mächtig anschwoll: haben doch auf der andern Seite auch die Deutschamerikaner erst während des Krieges ihre kulturelle Zugehörigkeit zu Deutschland voll empfunden.

Die wachsende Neigung einflußreicher Schichten der Vereinigten Staaten zu England wäre indes ohne die bereits erwähnte Verschiebung der politischen Situation undenkbar gewesen. Man sieht heute England nicht mehr als Feind an, weil man Vertrauen in die eigene Machtentfaltung gewonnen hat. Der verfassungspolitische Gegensatz hat sich durch die zunehmende Demokratisierung Englands stark vermindert. Die Ziele der englischen Politik vor dem Kriege schienen nicht länger amerikanischen Interessen zuwiderzulaufen. England galt als gesättigte Macht, mit der man im Interesse des Friedens zusammenarbeiten konnte; darauf hat die englische Politik bewußt hingestrebt.

Trotzdem hat die Anglomanie außerhalb einer kleinen besonders ehrgeizigen Schicht verhältnismäßig wenig Gegenliebe gefunden. Die Masse des amerikanischen Volkes, einschließlich der Amerikaner englischer Abstammung, sind nur für amerikanische Interessen, oder vermeintliche amerikanische Interessen, in Bewegung zu setzen. Die sentimentale Politik des „Hände über den Ozean Streckens" ist ausschließlich von einigen gesellschaftlichen Kletterern (social climbers) und von literarischen Snobs vertreten worden. Die Gesamtheit des Volkes ist immer dagegen gewesen. Es ist kein Zufall, daß ein Mann wie Roosevelt, der die Volksstimmung genau zu verfolgen versteht, in seinen Schriften gegen den Bindestrich-Politiker nicht nur gegen die Deutsch-Amerikaner, sondern auch gegen die Englandfreunde Front macht, die englische, nicht amerikanische Interessen vertreten. Rassenverwandtschaft und Sprachgemeinschaft hatten die Amerikaner nicht gehindert, zu einer Zeit Krieg mit England zu führen, wo sie wesentlich angelsächsischer waren, als sie heute sind. Sie werden nur Alliierte Englands werden, wenn sie glauben, daß amerikanische Interessen auf dem Spiel stehen. Gerade der Krieg hat gezeigt, wie gering die Sympathie der großen Masse des Volkes für England war, während die Bewunderung für Frankreich manchmal in

einen Paroxismus umschlug. Der Grund hierfür waren nicht bloß die alten historischen Beziehungen, es war vor allem der Glaube an die Gleichheit der Regierungsform. Nicht Rassengemeinschaft mit Deutschlands Feinden, sondern das Gefühl der politischen Kulturgemeinschaft hat Amerika mit ihnen zusammengeführt.

II.

Als ich am 3. August 1914 in Newyork landete, hatte sich bereits eine antideutsche Stimmung herausgebildet. Deutschland, so führte man aus, ist für den Ausbruch des Krieges verantwortlich. Es hätte Österreich veranlassen können und veranlassen sollen, die serbische Frage vor ein Schiedsgericht zu bringen; dann wäre der Streit zwischen Rußland und Österreich in friedlicher Weise geschlichtet worden. Deutschland habe dies nicht etwa zufällig unterlassen, es habe nur seine altgewohnte Politik verfolgt. Es glaube nicht an Schiedsgerichte. Sein Verhalten auf der Haager Konferenz habe den vollen Erfolg dieses großen humanitären Werkes verhindert. Es habe mit Amerika keinen Schiedsgerichtsvertrag abgeschlossen, im Gegensatz zu anderen Völkern. Es glaube nur an brutale Gewalt. Es sei der Anarchist unter den Völkern, der

nur seine Interessen anerkennt und dieselben ohne Rücksicht auf andere Völker verfolgt.

Zwei Tage darauf kam die Kunde von der Verletzung der belgischen Neutralität. Die öffentliche Meinung sah in dem Eingeständnis, daß Deutschland ein Unrecht beging, den besten Beweis brutaler Machtpolitik. Sie konnte den Satz: Not kennt kein Gebot! im Völkerleben nicht verstehen, um so weniger, als die großen deutschen Waffentaten den Beweis zu liefern schienen, daß von einer solchen Not nicht die Rede sein könne. Deutschland hatte ein zwiefaches internationales Interesse verletzt. Es hatte einmal die Neutralität eines kleinen Staates mißachtet, es hatte andererseits einen feierlich eingegangenen Staatsvertrag gebrochen. Wenn diese Dinge ungestraft geschehen dürfen, so argumentierte man, dann sei an ein Zusammenleben der Völker nicht mehr zu denken. Wenn man einen harmlosen Nachbarn überfallen dürfe, bloß weil man sich den Sieg zu erleichtern hoffe, so sei kein Land, auch das friedfertigste nicht, vor unberechtigten fremden Einfällen sicher. Es werde immer leicht sein, eine Lebensfrage zu finden, in deren Interesse der gutgerüstete Nachbar den wehrlosen, nur durch sein Recht geschützten Friedensstaat, überfallen kann. Die Mißachtung der belgischen Neutralität bedeute nicht nur

eine Kriegserklärung Deutschlands an Belgien, es sei eine Kriegserklärung an die gesamte neutrale Welt. Alle Neutralen müßten sich in Zukunft sagen, daß ihre Sicherheit bedroht sei, wenn ein Land wie Deutschland nicht mit ihnen, sondern mit einem dritten Staat in Konflikt gerate.

Deutschlands Vorgehen erscheine um so bedenklicher, als es sich nicht bloß um eine Neutralitätsverletzung handele, sondern um den glatten Bruch eines internationalen Vertrags. Auf der Heiligkeit der Verträge beruht nach amerikanischer Auffassung das Zusammenleben der Menschen. Der Staat ist durch den Gesellschaftsvertrag unter den Einzelnen entstanden. Diesem Gesellschaftsvertrag haftet nach amerikanischer Auffassung ein Stück von der Heiligkeit des Bundes an, den Gott mit seinem Volke schloß. Das Zusammenleben der Staaten ihrerseits in der Welt ist nur möglich auf Grund ähnlicher Verträge von Staat zu Staat. Wenn es dem einzelnen Staat gestattet ist, bindende Verträge einseitig aufzuheben, so ist ein friedlicher Fortbestand der Welt undenkbar; der Krieg aller gegen alle muß kommen. In dieser wie in anderen Fragen haben die Amerikaner eine erstaunliche Unwissenheit und Naivität an den Tag gelegt. Sie haben ohne Kenntnis von Geschichte und besonderen Verhältnissen

ihre Forderung absoluter Vertragstreue, die alle Völker gern unterschreiben werden, dem Zustand unterschoben, der in der wirklichen politischen Welt besteht. Als später im Verlauf des Krieges Vertragsbrüche nicht eben selten wurden, als Italien und Rumänien meineidig wurden, und die Neutralität Griechenlands aufs Brutalste verletzt wurde, haben die wenigsten Amerikaner die Konsequenzen gezogen. Wenn sie es taten, so geschah es meist in der Weise, daß sie betonten, durch Deutschlands unverantwortliche Handlungsweise sei der Vertragsbruch in die Welt gekommen, der nur durch gründliche Bestrafung des Schuldigen ein für allemal aus ihr gebannt werden könne. Die belgische Frage mehr als alles andere ist der Stein des Anstoßes gewesen, an dem die Sympathien gerade der Besten unter den Amerikanern für die deutsche Sache scheiterten. Sie hat die Frauen, die im öffentlichen Leben Amerikas eine große Rolle spielen, gegen Deutschland aufgebracht. Sie hat überdies die Pazifisten und Idealisten tief erbittert und damit die Kreise geschwächt und von tätiger Anteilnahme für Deutschland ausgeschaltet, die das natürliche Gegengewicht gegen jede pro-englische interventionistische Politik bildeten.

Die weitere Entwicklung hat leider die belgische

Frage nie von der Bildfläche verschwinden lassen. Es kamen Schilderungen der belgischen Greuel, die, gedeckt von dem großen Namen von Lord Bryce, das Gefühl des Landes tief aufrüttelten. Mit der Naivität von Menschen, denen es gut geht und die im täglichen Leben menschenfreundlich gesinnt sind, haßt der Durchschnittsamerikaner jede Greueltat. Er ist weitab von allen Kriegsereignissen, er hat, mit Ausnahme der Aristokratie des Südens, nie den Krieg im eigenen Lande gesehen. Er denkt unmilitärisch und kann nicht begreifen, daß der Krieg auch gegenüber der Zivilbevölkerung hart sein kann und hart sein muß. Er begann den Deutschen, den er im großen ganzen als gutmütigen Menschen geschätzt hatte, für den Hunnen und Barbaren zu halten, den die Alliierten schilderten. Russische Greuel interessierten ihn nicht. Sie waren zu weit entlegen, und da man von den Russen nichts anderes erwartet hatte als Kosaken, so fand man diese Dinge bedauerlich aber natürlich. Abgesehen von den Russen waren die Alliierten nirgends auf deutschem Gebiet. Selbst die bengalischen Ulanen verhielten sich der feindlichen Zivilbevölkerung gegenüber musterhaft, da sie ja keine Gelegenheit hatten, an sie heranzukommen. Die Deutschen aber, so schien es, begingen Bluttat auf Bluttat, und immer in dem un-

schuldigen wehrlosen Belgien. Erst kam die Kriegskontribution, dann kam die Erschießung der Miß Cavell, dann die Vollstreckung des Urteils an Kapitän Fryatt, die, wie das amerikanische Publikum glaubte, mit unziemlicher Hast vorgenommen wurde. Und schließlich kamen die belgischen Deportationen, die nach amerikanischer Auffassung die Wiedereinführung der Sklaverei gegenüber einer weißen Bevölkerung bedeuteten. Das alles schienen nicht zufällige einzelne Ereignisse zu sein, hervorgegangen aus den Überschreitungen der Befugnisse einzelner Befehlshaber, es schien System darin zu sein, wie in allen deutschen Dingen. Es sei die brutale Macht des deutschen Militarismus, die sich nicht nur gegen die Armeen wende, sondern friedfertige Bevölkerung hinmorde, und Städte und Kirchen zerstöre, weil Furcht und Bangen ins Herz der Gegner einziehen sollen.

Es half nichts, daß man die wahren Tatsachen vorführte, es nützte wenig, daß man den Amerikanern zeigte, wie sehr das eigene Verhalten der Alliierten von ihrer Kritik abstach. Nur einmal, während der irischen Revolution und der törichten Metzeleien des englischen Militarismus, schwoll die Entrüstung gegen England in ähnlicher Weise an. Aber während man den Engländern tölpelhafte Ungeschicklichkeit vorwarf,

sann man den Deutschen ein machiavellistisches System an. Die Deutschen, so hieß es, sind überzeugt von der Überlegenheit ihrer Kultur; sie betrachten es als ihr gutes Recht, diese Kultur mit Waffengewalt anderen Völkern aufzudrängen. Sie haben in ihren populärsten politischen Schriftstellern wie Treitschke, Nietzsche, Bernhardi eine politische Herrenmoral aufgestellt, die es ihnen gestattet zur Förderung ihrer Zwecke, wenn nötig, die ganze Welt zu zerstören. Wenn Deutsche davon gesprochen hatten, daß Deutschland eine Weltmacht sein wolle, so wurde daraus gemacht, es erstrebe die Weltherrschaft. Die deutsche Broschürenliteratur wurde emsig durchsucht und Schriften der Öffentlichkeit als Offenbarungen deutschen Lebens vorgeführt, die als Niederschlag aufgeregter Bierbankpolitiker in der Heimat so gut wie unbekannt waren. Keine Dummheit, die in Deutschland in den letzten zehn Jahren von einem aufgeregten Niemand ausgesprochen worden war, war zu unwichtig, um von den Gegnern wieder aufgetischt zu werden. Selbst dem Liede: „Deutschland, Deutschland über alles" wurde nicht der wahre Inhalt gelassen. Es wurde als eine Herausforderung der deutschen Kultur an fremde Kulturen und als deutlicher Beweis für den Anspruch betrachtet, den die deutsche Kultur erhebe, über andere Kulturen

zu herrschen. Die vielen ernsten Patrioten, die dann die deutsche Kultur gegen gehässige Angriffe verteidigen zu müssen glaubten, ahnten kaum, wie sehr ihr Bemühen, die Eigenarten des deutschen Wesens zu rechtfertigen, Wasser auf der Mühle der Feinde wurde.

Für Amerika handelte es sich hierbei nicht nur um eine theoretische Frage. Die Monroe-Doktrin warf praktische Fragen auf. Wenn Deutschland das Recht für sich in Anspruch nahm, Neutrale zu vergewaltigen und friedliche Staaten anzugreifen, um seiner Kultur zum Siege zu verhelfen, wer konnte es dann hindern, in Mittel- oder Südamerika festen Fuß zu fassen und von dort in unaufhaltsamem Eroberungszug die Vereinigten Staaten zu bedrohen? Und die Monroe-Doktrin bedeutet für die Masse der Amerikaner nicht die Gelegenheit zu einem wirtschaftlichen Beutezug im lateinischen Amerika, sie bedeutet für sie einen Zustand der Sicherheit. So lange es keine fremde Monarchie auf dem amerikanischen Kontinent gibt, so lange sind die Vereinigten Staaten unverletzlich, so lange ist auch die Demokratie in der neuen Welt nicht gefährdet. Wenn Deutschland sich das Recht anmaßt, ohne Rücksicht auf andere seinen Herrschaftswillen über die Welt zu tragen, so ist es der Feind der amerikanischen Demokratie. Und mit raffinierter Geschicklichkeit wußten

die Gegner die Frage zu stellen, wer denn bis jetzt Amerika vor dem preußischen Militarismus geschützt habe? Und die Antwort war: die britische Flotte.

Der preußische Militarismus war in Amerika nie populär gewesen. Die Besten unter den Achtundvierzigern waren nach Amerika geflohen, um seiner ledig zu werden. Einzelne, wie Karl Schurz, hatten ihren Frieden mit ihm gemacht, seit Deutschland auf eine breite Basis gestellt worden war. Die Abneigung der Amerikaner gegen den Militarismus richtet sich nur bei den Pazifisten gegen die allgemeine Wehrpflicht. Abgesehen von diesen Kreisen erstreckt sie sich nur auf das, was sie für die preußische Form derselben halten. So haben sie zum Beispiel die allgemeine Wehrpflicht in Frankreich nie angegriffen. Der deutsche Militarismus ist aber ihrer Ansicht nach etwas ganz anderes. Er ist eine allgemeine Wehrpflicht, die dem Volke gegen seinen Willen aufgezwungen worden ist, und deren Durchführung in der Hand einer volksfeindlichen Kaste liegt. Als Beweis für die erste Behauptung können sie die zahlreichen deutschen Auswanderer anführen, von denen viele in Amerika einwanderten, um der Dienstpflicht zu entgehen. Den Beweis für die letzte Behauptung liefern ihnen einige immer wiederkehrende Ausführungen. Der Offiziers-

stand, so sagen sie, bilde in Deutschland eine bevorrechtigte Kaste. Wenn in Berlin eine Dame einem Offizier begegne, so müsse sie ihm ausweichen! Nur die herrschende Kaste könne Offizier werden: Die Juden zum Beispiel seien vom Eintritt in das Offizierskorps ausgeschlossen. Überdies maße sich das Offizierskorps an, ohne Rücksicht auf die Grenzen seiner Zuständigkeit, in die Angelegenheiten des bürgerlichen Lebens einzugreifen. Den Beweis hierfür hat den Amerikanern die Zabernaffäre gebracht. Es gibt zwar kaum einen Amerikaner, der imstande wäre, den wirklichen Verlauf der Zabern-Sache zu schildern, sie haben aber alle ganz klare Vorstellungen von den Vorgängen, die sich ihrer Meinung nach zugetragen haben. Es kommt in der auswärtigen Politik nicht darauf an, daß die Dinge geschehen sind, noch wie sie geschehen sind. Es genügt zu Erfolg oder Mißerfolg, daß sich bestimmte Vorstellungen über sie festsetzen. Vorstellungen, seien sie auch noch so irrig, wirken als Motive in der Politik genau so, wie die einwandfreiesten Tatsachen.

Dieser Militarismus ist aber nicht nur eine Klassenherrschaft, er ist eine Weltauffassung. Der Deutsche bezieht, nach amerikanischer Auffassung, seine politische Weisheit von den militärischen Kreisen. Dafür scheint ihnen Bernhardis Buch den Beweis zu erbringen.

Diese Kreise huldigen, wie das gleiche Buch zeige, einem absolut brutalen Intellektualismus. Sie setzen sich, ohne jede Rücksicht auf andere Interessen, bestimmte Machtzwecke, die mit Gewaltmitteln erreicht werden können. Sie studieren die Wirkung dieser Mittel nur nach der Seite der Tauglichkeit. Wenn ihre Anwendung den Zweck erfüllt, so sind sie berechtigt, auch wenn sie die heiligsten Interessen der Menschheit verletzen. Der deutsche Militarismus nehme keine Rücksicht auf Moral oder Religion. Er kenne nichts anderes als brutale Staatsraison.

Eine solche Auffassung politischer Zwecke und politischer Mittel sei nur in einem monarchisch regierten Staate, wie Deutschland es ist, möglich. Die Regierung Deutschlands vollziehe sich ohne Zustimmung der Regierten. Die Rechte des Parlamentes seien beschränkt. Selbst im Reichstage, wo ein besseres Wahlrecht herrsche, als in Preußen, werden sie nicht ausgeübt, da der Deutsche bei allen seinen sonstigen guten Eigenschaften, auch im bürgerlichen Leben die Servilität mitbringe, die militärisch als Unterordnung berechtigt sein möge. Während der Staat in den Vereinigten Staaten dem Einzelnen gegenüber wenig weitgehende Befugnisse hat und ins Einzelleben selten eingreift, ist das Umgekehrte in Deutschland der Fall.

Der Einzelne wird fortwährend gezwungen. Um den Deutschen diese unerfreuliche Tatsache mundgerecht zu machen, habe man sie philosophisch verkappt. Man führe ihnen aus, daß der Einzelne nichts sei und die Gesamtheit alles. Man verhindere sie durch eine vom Staat bezahlte Wissenschaft, das selbständige Denken zu entwickeln, das sie zur Nachahmung der westlichen Demokratien führen würde. Wenn man mit Deutschen Fragen politischer Organisationen erörtere, so weichen sie der Kardinalfrage, nämlich der Bewertung der gegenwärtigen Einrichtungen, aus. Sie geben einem eine sehr gründliche Darstellung der Entstehung deutscher und fremdländischer Einrichtungen. Sie zeigen überzeugend, warum sich die deutschen Einrichtungen von denen anderer Länder abheben. Sie begnügen sich aber nicht damit, sondern führen weiter aus, warum sie verschieden sein müssen. So trete neben einen absoluten Intellektualismus auf dem Gebiete der Moral, der rücksichtslos über alle menschlichen Empfindungen hinweggeht, ein zaghafter historisierender Relativismus bei der Beurteilung aller politischen Einrichtungen. Während auf der einen Seite alles das, was militärisch als zweckmäßig erscheint, für gut und recht erklärt werde, suche man auf der anderen Seite bei der Beurteilung bürgerlicher Einrichtungen die

Frage, was absolut gut sei oder nicht, auszuschalten und bei den Gebildeten einen politischen Quietismus großzuziehen, den man mit historischer Gelehrsamkeit nur unvollkommen verbräme!

Der denkende Amerikaner ist sich klar darüber, daß das politische Leben Amerikas heute noch eine unvollkommene Demokratie darstellt, die nicht nur von plutokratischen Einflüssen bedroht wird, sondern auch nach der geheiligten Verfassung oft mit technisch recht unvollkommenen Mitteln arbeiten muß. Er betont aber, daß die Verfassung dem einzelnen alle Menschenrechte verheißt. Werden sie ihm verkürzt, so ist das aber nicht die Folge mangelnder Demokratie, sondern des Umstandes, daß der einzelne Amerikaner heute zu sehr mit seinen eigenen Angelegenheiten beschäftigt ist, um in den öffentlichen Dingen die volle, ihm zustehende Macht auszuüben. Das neue Land mit seinen gewaltigen Erwerbsgelegenheiten bietet ihm die Möglichkeit des gesellschaftlichen Aufstiegs und der Bereicherung. So lange jedermann diese Aussichten hat, ist auf der einen Seite kein Bedürfnis nach Sozialpolitik. Daher läßt es die Masse der Amerikaner vollkommen kühl, wenn wir unsere sozialpolitischen Errungenschaften preisen und das Fehlen solcher als Zeichen mangelnder Demokratie betrachten. Arbeiterschutzgesetzgebung, so

sagen sie, ist nötig in einem Lande, wo Millionen von Menschen dauernd der Arbeiterklasse angehören. Wir haben bis jetzt keine Arbeiterklasse gehabt. Jeder von uns konnte selbständig werden. Wir brauchten daher keine Institutionen, die weniger der Vorzüglichkeit der Gesinnung ihr Dasein verdanken, als dem Druck der Verhältnisse. Wenn sich der Spielraum bei uns verengt, werden wir uns sozialpolitisch anzupassen wissen. Das ist in der Tat in immer zunehmendem Umfang geschehen.

Auf der anderen Seite ist die Demokratie unvollkommen, weil die Massen sich immer noch besser stellen, wenn sie sich von den Kapitalisten oder den Stadtverwaltungen ein bißchen ausplündern lassen und dabei ruhig ihren Geschäften nachgehen, als wenn sie ihren Erwerb zeitweilig aufgeben, um Ordnung in Verwaltung und Politik zu schaffen. Wie es die kontinentalen Völker für zweckmäßig erachten, den Beamten Gehälter zu bezahlen, damit sie gewisse Funktionen übernehmen, so scheint es die Masse der Amerikaner häufig rentabel, sich von ihren Bossen ausplündern zu lassen, statt ihre Munizipalangelegenheiten selbst zu erledigen. Wenn sie ihre Macht ausüben wollen, so können sie das. Die unvollkommene Ausnutzung ihrer Rechte läßt diese nicht erlöschen. Und ebensowenig

gilt das für die unrichtige Ausübung derselben. Wenn der Amerikaner den falschen Mann zum Präsidenten gewählt hat, der eine falsche Politik macht, die den Interessen des Volkes zuwiderläuft, so ist das keine Verneinung der Demokratie. Es ist nur der Tribut, den auch die Demokratie an menschliche Unvollkommenheit zu entrichten hat. Sie hat sich ihr Werkzeug gewählt und wenn dieses versagt, so wird sie bei der nächsten Wahl vorsichtiger sein. Und wenn sie geschlossen hinter ihrem Erwählten, dem Präsidenten, steht, so ist das nicht Unterwerfung unter einen Absolutismus, sondern Innehaltung der vernünftigen Grenzen, die Demokratie von Anarchie scheiden. Der Präsident ist der Erwählte des amerikanischen Volkes. Er ist das in weit höherem Maße, als der Senat, oder das Haus der Volksvertreter. Die Senatoren sind die Vertreter einzelner Staaten, die Repräsentanten gar nur Vertreter einzelner Wahlbezirke, der Präsident ist der Vertreter der Nation, der Minorität sowohl wie der Majorität. Das gilt ganz besonders dem Auslande gegenüber. Sich dem Präsidenten unterordnen heißt daher nicht, sich einem Despoten beugen, es heißt weiter nichts, als dem Manne, den man erwählt hat, die Durchführung seiner schwierigen Geschäfte zu ermöglichen. Wenn das amerikanische Volk daher fremden

Völkern gegenüber die Politik eines Präsidenten deckt, mit der es nicht einverstanden schien, so ist das nicht Unterwürfigkeit, sondern nach amerikanischer Auffassung disziplinierte Selbstachtung, zumal der Amerikaner sich wenig um äußere Politik kümmert. Je amerikanischer er fühlt, desto weniger interessiert sie ihn. Nur die küstenländische Bevölkerung hat überseeische Interessen; nur sie beschäftigt sich regelmäßig mit auswärtigen Fragen. Und wenn der Präsident sich über Senat und Kongreß wegzusetzen sucht, so muß das nicht despotische Aufwallung sein. Seine Handlungsweise gewinnt ihre Kraft aus der Empfindung, daß er und er allein als Erwählter des Volkes nach außen in seinem Namen reden kann.

Daher sind denn alle Vergleiche mit europäischen politischen Methoden in den Augen der Amerikaner hinfällig. Das amerikanische Volk gibt seinem Vertrauensmann volle Macht für vier Jahre. Es kann durch die Wahlen zum Haus und zum Senat nach zwei Jahren diese Vollmacht zum Teil widerrufen; es kann überdies durch das, was man öffentliche Meinung nennt, seine Handlungen bestimmend beeinflussen. Kein Präsident kann gegen die öffentliche Meinung regieren, wenn sie wirklich zum Ausdruck kommt und nicht bloß von den Zeitungen vorgetragen wird. Sie

rauscht und raunt durchs Land in einer Form, die der Ausländer kaum zu erfassen vermag, die aber der hellhörige amerikanische Berufspolitiker sofort erkennt, und keiner besser als Präsident Wilson. Dem ungetreuen oder untüchtigen Bevollmächtigten wird das Vertrauen nach vier Jahren entzogen. Wo gibt es, nach amerikanischer Auffassung, etwas Ähnliches in Deutschland? Mag die amerikanische Demokratie in ihrer praktischen Ausgestaltung verbesserungsfähig sein, so ist sie eine Demokratie im Prinzip. Deutschland dagegen ist nicht nur eine Monarchie; nach amerikanischer Auffassung ist es ein despotisch regiertes Land, in dem der Wille eines Einzelnen, des Kaisers, alles bestimmt. Man hat in Amerika eine sehr unklare Vorstellung von unseren Verfassungsformen. Man stellt sich zum Beispiel den Bundesrat als eine Art Oberhaus vor und entrüstet sich darüber, daß seine Mitglieder ernannt und nicht erwählt werden. Man ist sich nicht klar darüber, daß Reichstag und Landtag gänzlich verschiedene Gebilde sind. Man weiß nichts von der wirklichen Macht unserer Bureaukratie und von der starken Mitarbeit der Parlamente. Man ist überzeugt davon, daß alles von einer Spitze gemacht wird, der man merkwürdigerweise geradezu geheimnisvolle Kräfte zutraut. So ist zum Beispiel die Masse der Amerikaner

überzeugt, daß der gewaltige Aufschwung des deutschen Außenhandels auf Befehl des Kaisers erfolgt ist. Wir sind an dieser Auffassung vielleicht nicht ganz unschuldig. Gerade die weitsichtigen Versuche des Kaisers, Fühlung mit Amerika zu gewinnen und die Beziehungen enger zu gestalten, haben diesem Vorurteil Vorschub geleistet. Die Amerikaner, die nach England gehen, wollen die Minister kennen lernen, die führenden Geister, die Spitzen der Gesellschaft und den Lord-Oberrichter. Wenn sie nach Deutschland kamen, legten sie wenig Wert darauf, Ministern nahezutreten, von deren Existenz sie nichts wußten, oder Richter kennen zu lernen, die ihrer Ansicht nach nicht nach Recht und Gesetz, sondern auf höheren Befehl Recht sprachen. Für sie war Deutschland der Kaiser. So sehr sie seine Persönlichkeit vor dem Kriege lobten und bewunderten, so tief prägte doch immer wieder diese Bewunderung ihnen die Überzeugung ein, daß Deutschland nicht nur eine Monarchie, sondern eine Autokratie sei, und als solche in gewissem Sinne der Feind Amerikas. Denn jede Monarchie ist vom amerikanischen Standpunkt aus ein möglicher Feind.*) Sie werden nur in dem Maße

*) Nur auf Grund dieser Auffassung ist es verständlich, daß die Vergewaltigung Griechenlands keinerlei Eindruck in Amerika macht: Sie erschien den Amerikanern als Kampf der Republik gegen eine Monarchie.

ungefährlich, in dem konstitutionelle und parlamentarische Errungenschaften die Alleinherrschaft brechen. Deutschland ist nicht nur eine Monarchie, es ist, was Organisation betrifft, der tüchtigste aller Staaten. Amerikas politische Organisation ist mangelhaft. Sie ist mangelhaft, nicht weil Amerika unfähig ist zu organisieren, sondern weil es politische und persönliche Freiheit zweckmäßiger staatlicher Ordnung vorzog. Bei dieser Vorliebe konnte es beharren, solange fremde erfolgreiche Organisation es nicht bedrohte. Wenn Deutschland als Gegner auf den Plan trat, so ergab sich die Notwendigkeit, entweder zu verhindern, daß Deutschland die Welt beherrsche, oder deutsche Organisation nachzuahmen.

Diese Empfindungen lebten in allen Kreisen, als die ersten Wochen des Krieges gezeigt hatten, wie gewaltig groß deutsche Tüchtigkeit und deutsche Selbstaufopferung seien. Die Pläne deutscher Welteroberung, die englische Federn auf Grund alldeutscher Phantasien bis dahin geliefert hatten, waren mit einem Lächeln begrüßt worden; jetzt schien es plötzlich, als ob man sie ernst nehmen müsse. Deutschlands Erfolge schienen zu zeigen, daß die deutsche Monarchie, wenn sie wollte, eine Bedrohung Amerikas sein könne. Welche Garantie hatte man, daß der Wille fehlen werde, — in einem

Land, wo Bernhardi schreibt und Treitschke und Nietzsche von den Kathedern gesprochen hatten?

Es war kein Zufall, daß ursprünglich die Pazifisten und Humanitarier, die Geistlichen, die Frauen und die Intellektuellen Deutschlands schärfste Gegner waren. Die gleichen Kreise waren auch in anderen Ländern von Anfang an auf seiten der Alliierten. Während aber dort breite konservative Schichten dem deutschen Standpunkt gerecht zu werden verstanden, war das in Amerika anders. Die konservativen Kreise Amerikas sind, abgesehen vom Süden, die Geldmächte und die Kapitalisten. Dazu kommen noch die Advokaten und die führenden Kreise der alten Universitäten, die meist auf Stiftungen beruhen. Ihre Auffassungen sind im wesentlichen liberal-individualistisch; sie waren antideutsch, nicht nur weil Deutschland ihnen nicht liberal genug war, sondern auch weil es ihnen zu sozialistisch zu sein schien. Wie der despotische Staat der Vergangenheit früher ihr Feind war, so ist es heute der moderne sozialistische Staat, der soziale Reformen plant.

Überdies waren auch ihre Interessen wesentlich antideutsch. Vor dem Kriege bestand eine starke wirtschaftliche Depression. Die ersten Anzeichen der Besserung waren eben erkennbar, als durch die Weltkrise

im August 1914 das ganze Auslandsgeschäft und damit das Geschäft dieser Kreise ins Stocken geriet. Sie suchten natürlich nach einem Sündenbock; sie machten keine tiefsinnigen Studien über den Ursprung des Krieges. Es genügte ihnen, daß der Kaiser für den Krieg verantwortlich war. So wußten sie doch wenigstens, wer schuld war, wenn es ihnen geschäftlich schlecht ging. Sie waren überzeugt davon, daß Deutschland für sein Vorgehen bestraft werden müsse. Umfang und Bevölkerung der Mittelmächte standen in keinem Verhältnis zu denen ihrer Gegner. Da in Amerika alles in Zahlen gemessen und berechnet wird, so war es klar, daß die Mittelmächte verlieren mußten. Man hat in Amerika selten Sympathie mit dem Verlierer, denn verlieren heißt in einem neuen Lande untüchtig sein. Es lag also gar kein Grund vor, die antideutschen Gefühle zu ersticken. Als dann Deutschlands militärische Erfolge kamen, denen die Alliierten nichts Ähnliches entgegenzusetzen hatten, wirkten die Enttäuschung über die Unrichtigkeit des eigenen Urteils mit der Besorgnis über den Ausgang des Krieges zusammen, um diese Kreise, lange bevor die Kriegslieferungen wirklich fühlbar wurden, besonders antideutsch zu machen. So entstand sofort im Gegensatz zu anderen neutralen Ländern eine mächtige politische

Gruppe, die wirtschaftlich gegen Deutschland war. Nur die Deutsch-Amerikaner und die Iren und alle Elemente, die aus nationalen Gründen gegen die Alliierten waren, wie die meisten russischen Juden zum Beispiel, standen auf der deutschen Seite. So sehr sie zahlenmäßig ins Gewicht fielen, so gering war doch ihr politischer Zusammenhang und ihr wirtschaftlicher Einfluß.

Trotzdem hatte die Regierung der Vereinigten Staaten zu Anfang des Krieges die feste Absicht, neutral zu bleiben. In der Proklamation des Präsidenten vom August 1914 war deutlich ausgesprochen, wie sehr er sich der Gefahr einer unneutralen Haltung der Einzelnen bewußt war. Amerika sei aus vielen Völkern zusammengesetzt. Leidenschaftliche Anteilnahme müsse einen Prozeß der Zerstörung herbeiführen, der die nationale Einheit gefährden werde. Von diesem Standpunkte aus versuchte Wilson anfänglich in der Tat im strengsten Sinne des Wortes neutral zu sein. Er regte an, daß die Londoner Seerechtsdeklaration allgemein als Grundlage für den Seekrieg angenommen werden sollte. Er wollte ursprünglich die Aufnahme aller fremden Anleihen in den Vereinigten Staaten verhindern. Er bot früh seine Friedensvermittlung an. Es zeigte sich aber, daß diese Bestrebungen nicht durchgehalten werden konnten.

III.

Von Anfang an war die Lage der Vereinigten Staaten den Kriegführenden gegenüber durchaus einseitig festgelegt. Schon im Frieden lag das Schwergewicht der wirtschaftlichen Interessen überwiegend auf seiten der Alliierten. Seit Ausbruch des Krieges beherrschten ihre Flotten mehr oder minder die Zugänge zu Deutschland, während die deutsche Seemacht in nur verhältnismäßig seltenen Fällen ihre Verbindungen stören konnte. Daraus ergab sich, trotz formaler Gleichheit der Behandlung, eine weitgehende tatsächliche Ungleichheit aller Beziehungen. Es folgte aber noch ein anderes daraus: Im großen ganzen war Amerika für Deutschland unangreifbar, es konnte aber von den Alliierten an vielen Stellen getroffen werden. Australien, Japan, Rußland, Kanada und West-Indien, wozu im Süden noch Mexiko kommen konnte, liefern eine Reihe von Stützpunkten gegen Amerika.

Das amerikanische Wirtschaftsleben war in den ersten Wochen des Krieges wie gelähmt. Dann begann langsam, aber sicher, sich der Aufschwung vorzubereiten. Große Mengen Rohstoffe gingen zu den Alliierten; die ersten Munitionskontrakte wurden abgeschlossen. Nach Deutschland konnten nur wenig Waren und über-

haupt kein Kriegsmaterial verschifft werden. Es entstand so eine einseitige Lieferung an die Alliierten und damit zweifelsohne eine große Stärkung ihrer Hilfsquellen. Formal lag ein Bruch der Neutralität nicht vor. Die Vereinigten Staaten stellten sich auf den Standpunkt, jedermann habe das Recht, Kriegsmaterial in den Vereinigten Staaten herzustellen. Er setze sich allerdings bei der Verschiffung der Kaperung und all den Gefahren aus, die das Internationale Recht vorsehe. Die einseitige Versorgung der Alliierten sei das Ergebnis der Flottenlage, für die Deutschland — nicht die Vereinigten Staaten — verantwortlich sei.

Trotzdem wurde die Frage, ob ein Ausfuhrverbot nicht infolge der einseitigen Belieferung wünschenswert sei, früh erörtert. Um es durchzuführen, wäre ein Gesetz nötig gewesen. Es war mehr als zweifelhaft, ob eine Majorität für dasselbe gefunden werden konnte. Der schrankenlose amerikanische Individualismus fügte sich nicht leicht gesetzlichen Beschränkungen, die die Möglichkeit des Erwerbs verhindern. Außerdem fiel der Umstand ins Gewicht, daß die demokratische Partei, die gerade am Ruder war, eine weitgehende Zollherabsetzung durchgeführt hatte. Wie gewöhnlich schob man die herrschende Industriedepression auf Rech-

nung dieser Zollherabsetzung. Die republikanische Partei, die in Opposition stand, hatte zu allen Zeiten die Behauptung aufgestellt, geschäftliche Prosperität sei nur möglich, wenn sie regiere. Sie tat ihr Möglichstes, die Gültigkeit dieser Behauptung von neuem darzutun. Da sich Neuwahlen vorbereiteten, so war das eine ernste Sache für die Regierung. Die beginnende Besserung, die vor allem in der Eisen- und Stahlindustrie sichtbar wurde, gab ihr nun die Möglichkeit, diese republikanische Behauptung zurückzuweisen. Man konnte kaum von ihr verlangen, daß sie die beginnende Prosperität, von der voraussichtlich ihre Wiederwahl abhängen würde, im Keime ersticken solle. Überdies ließ sich nicht leugnen, daß das internationale Recht die Versendung von Kriegsmaterial gestattet. Daß nur eine Partei daraus Nutzen ziehen konnte, war ohne formale Bedeutung und, da die Amerikaner formalistisch zu denken gewohnt sind, ohne Interesse für sie. Die Pro-Alliierten-Gruppe betonte überdies, die Verhinderung der amerikanischen Munitionsausfuhr sei eine Benachteiligung der Alliierten. Sie gab unumwunden zu, daß die Fortsetzung der Ausfuhr eine Benachteiligung Deutschlands bedeute. Die einseitige Lieferung an eine Gruppe der Kriegführenden sei aber ein Zufall, da der Wille des neutralen Staates diese

Einseitigkeit nicht verlange. Das Verbot der Lieferung müsse dagegen als unneutraler Akt betrachtet werden, da die Munitionsausfuhr bereits begonnen habe, und die Alliierten sich auf ihren ungestörten Fortgang eingestellt hätten. Eine Änderung der amerikanischen Politik während des Krieges sei eine unneutrale Handlung. Der Erlaß eines Ausfuhrverbotes sei nicht zulässig, wenn sie zu einem Zeitpunkte erfolge, an dem die Herrschaft zur See bereits entschieden sei.

Es ist zweifelhaft, ob diese Beweisführung durchschlagenden Erfolg gehabt hätte, da sie das Recht der amerikanischen Regierung auf jede Änderung ihrer Auslandpolitik und damit das Recht der Selbstbestimmung opferte. Sie wurde durch weit volkstümlichere Gedanken gestützt. Deutschland, so hieß es, habe den Krieg gewollt, auf den es seit Jahren gerüstet war. Die Alliierten, die nicht gerüstet waren, seien von ihm überfallen worden. Sollten nun den Friedfertigen die Waffen zur Verteidigung, die Amerika herstellen konnte, entzogen werden, weil die Deutschen die See nicht beherrschten und kein Material einführen konnten? Unter solchen Umständen dürfe man kein Ausfuhrverbot im Interesse einer Macht durchführen, die Verträge breche und in neutrale Länder einrücke. Einer solchen Macht gegenüber sei die Liefe-

rung von Kriegsmaterial nicht nur ein amerikanisches Recht, sondern eine amerikanische Pflicht.

Überdies sei Amerika selbst ein friedfertiges Land. Es werde nie auf einen Krieg gerüstet sein. Die Erfahrung gerade des jetzigen Krieges habe gezeigt, daß auch die friedfertigste Macht von bösen Nachbarn überfallen werden könne. Woher wolle Amerika Waffen beziehen, wenn nicht über See? Wie könne es auf den überseeischen Bezug rechnen, wenn es selbst die Waffenausfuhr für unneutral erklärt habe? Das war gewiß ein kindisches Argument, denn die Erfahrung hat gezeigt, daß Amerika in verhältnismäßig kurzer Zeit eine Waffenindustrie schaffen konnte. Es vergaß überdies vollkommen, daß die überseeische Versorgung Amerikas mit Kriegsmaterial in einem künftigen Kriege nicht sowohl von rechtlichen Präzedenzfällen abhängt, als von der Beherrschung der See, und von der Geneigtheit der Neutralen zur Lieferung. Ich habe damals an einen amerikanischen Freund, der diese Politik vertrat, geschrieben: „Ihre Politik ist mehr als unvorsichtig; Sie treiben in einen Krieg mit uns, weil Sie sich fürchten, sich zu rüsten.“ Diese Voraussage ist eingetroffen, allerdings mit der Maßgabe, daß die Kriegserklärung erfolgte, um Amerikas Rüstungen zu erleichtern.

Gegen die Versendung von Waffenmaterial agitierten nicht nur die Deutschamerikaner und die Iren, sondern auch viele Pazifisten und Humanitarier, die über diesen blutigen Handel tief beschämt waren. Sie hatten aber weder die Mittel, der Rüstungsindustrie entgegenzutreten, noch den Mut, scharfe Maßregeln zu fordern. Sie fürchteten allen Ernstes, daß ein Ausfuhrverbot einen Bruch der Neutralität und unter Umständen kriegerische Verwicklungen mit den Alliierten herbeiführen könnte. Als schließlich die Stimmung im Lande gegen die Waffenausfuhr stark genug geworden war, da war das Gewicht der materiellen Interessen bereits zu gewaltig angewachsen, als daß ein Erfolg möglich gewesen wäre. Damals hätte überdies das bloße Ausfuhrverbot von Munition nicht mehr viel geholfen, wenn Rohmaterialien und Halbfabrikate ungestört hätten versandt werden dürfen. Am lebhaftesten war der Widerstand der Deutschamerikaner, der leider nicht geschickt organisiert war. Sie hätten betonen müssen, daß vom formalen Standpunkte aus die Vereinigten Staaten ein Recht zur Ausfuhr von Kriegsmaterial hatten, daß sie aber im Interesse der Humanität und der Weiterbildung des Völkerrechts auf dieses Recht verzichten sollten. Überdies hätten sie hervorheben müssen, daß die

amerikanische Regierung keine Politik dulden dürfe, wie gewinnbringend sie auch sei, die den inneren Frieden zu zerstören und Amerikas Bevölkerung in ihre Rassenbestandteile zu zerreißen drohte. Sie ließen sich dies zwingende Argument entgehen und kamen so in den Verdacht, Vertreter deutscher Interessen zu sein, während sie die staatliche Einheit ihres Landes verteidigten. Sie griffen ihre Regierung an und besorgten damit die Geschäfte der republikanischen Partei, in deren Reihen die Mehrzahl der Kriegslieferanten saß.

Wachsende Erbitterung war die Folge. Die deutschen und die österreichischen Proteste gegen den einseitigen Waffenhandel fanden kein Gehör. Man mußte daher nach anderen Mitteln suchen, die Ausfuhr von Kriegsmaterial zu erschweren. Durch Bindung von Lieferungen ist auf diesem Gebiete manches erreicht worden. Viele Fabrikanten, nicht nur solche deutschen Ursprungs, lehnten aus humanitären Gründen ab, ihre Werke auf Kriegsmaterial umzustellen. Die Herausziehung deutscher und österreichischer Arbeiter aus den Munitionsfabriken hat zweifellos manche Lieferung erschwert. Sie war durchaus berechtigt, soweit es sich um Leute handelte, die ihre Staatsangehörigkeit nicht aufgegeben hatten und sich daher straf-

bar machten, wenn sie dem Feinde Vorschub leisteten. Dabei blieb es aber nicht. Die Erörterung eines Aufrufs an Deutsche und Österreicher, die bereits naturalisiert waren, sie sollten die Munitionsfabriken verlassen, wurde als schwerer Eingriff in die amerikanische Selbstbestimmung empfunden und führte zur Abberufung des österreichischen Botschafters. Der Gedanke eines Streiks im Interesse der Zentralmächte erbitterte nicht nur die nächstbeteiligten Unternehmer, sondern auch die Arbeiterverbände, die die günstige wirtschaftliche Konjunktur für ihre Angehörigen ausnutzen wollten.

Dazu kam aber noch ein Weiteres. Die gewaltige Ausdehnung der Kriegsindustrie mit ungelernten Arbeitern führte selbstverständlich zu vielen Unglücksfällen. Diese Fälle durften nicht als bloße Betriebsunfälle hingestellt werden, da die öffentliche Meinung sonst der Industrie unfreundlich geworden wäre. Sie mußten vielmehr als Ergebnisse deutscher Verschwörungen erscheinen. Eine Anzahl solcher Verschwörungen wurde gerichtlich verfolgt. Es gibt selbstverständlich in aufgeregten Zeiten immer abenteuerlustige Leute, oft echte Patrioten, die allerlei waghalsige Versuche machen, deren Erfolg aber in keinem Verhältnis zu den politischen Gefahren steht, die sie heraufbeschwören. Einige von ihnen wurden gefaßt und, da

sie vor ihrer Verhaftung den Mund voll genommen hatten, als Agenten der deutschen Regierung betrachtet. Wenngleich der Beweis nie erbracht werden konnte, daß diese Leute im Auftrage ihrer Regierung handelten, so war doch die Luft voll von Gerüchten. Deutschland, so hieß es, das sich über mangelnde Neutralität der Vereinigten Staaten beklage, stifte amerikanische Bürger zu Handlungen auf deren Gebiet an, die nicht nur die Neutralität schwer bedrohten, sondern auch an und für sich verbrecherisch seien. So bahnte sich auf der einen Seite eine Isolierung der Deutschamerikaner an, auf der anderen durch Entstehung einer Atmosphäre von Argwohn eine Verstimmung des leicht reizbaren amerikanischen Selbstgefühls.

IV.

In den ersten Tagen des Krieges hatten die Vereinigten Staaten die Kriegführenden zur Einhaltung der Londoner Seerechtsdeklaration aufgefordert. England hatte den Vorschlag im Prinzip angenommen, aber solche Einschränkungen gemacht, daß die Vereinigten Staaten ihn fallen ließen, und erklärten, sie würden sich in Zukunft auf das allgemein gültige internationale Recht berufen. Ausgehend von dieser Durchlöcherung der Londoner Seerechtsdeklaration ging Eng-

land Schritt für Schritt in der Durchführung einer Handelssperre gegen Deutschland weiter, die durch keinerlei internationale Rechtssatzungen gerechtfertigt werden konnte. Amerika ließ sich diesen Rechtsbruch ziemlich lange gefallen. Selbst die Nordseesperre vom 2. November 1914 führte zu keinem Protest. Die auswärtige Politik des Präsidenten war von dem Prinzip der Nichteinmischung beherrscht. Sein Auftreten in Mexiko hatte das zur Genüge bewiesen. Er hatte sein Amt angetreten, um soziale Reformen durchzuführen, und damals, als noch Frieden herrschte, auswärtige Angelegenheiten für unwichtig gehalten. Nur so war es zu erklären, daß ein Mann wie Gerard einen Botschafterposten erhalten konnte. Die Mehrheit des amerikanischen Volkes hat diese quietistische Außenpolitik zweifelsohne gebilligt. Sie teilt sie vielleicht auch noch heute.

Dabei berührte aber die Seesperre nicht nur materielle Interessen, sondern die leitenden Grundsätze der amerikanischen Politik: die Freiheit der Meere. Wenn der Angriff der Alliierten auf diese geheiligte amerikanische Tradition nicht zum Ausbruch von Erbitterung führte, so war dafür eines verantwortlich: die Verletzung der belgischen Neutralität. Amerika hätte gegen die Verletzung der belgischen Neutralität pro-

testieren müssen, da es an der Haager Konvention teilgenommen hatte, behauptete unter anderen Roosevelt, der erkannt hatte, wie sehr Belgiens Schicksal die öffentliche Meinung interessierte. So unhaltbar diese Behauptung war, so geeignet war sie zu Angriffen auf den Präsidenten, der diesen Protest unterlassen hatte. Er wurde in der ganzen republikanischen Presse als schön redender, ungern handelnder Professor verschrien, der die Ehre und Würde des amerikanischen Volkes nicht zu wahren verstehe. Dieser Vorwurf, der durch die mexikanische Politik unterstützt schien, hat Wilson später Deutschland gegenüber zu übereiltem Handeln veranlaßt. Damals bestärkte er ihn in der Politik des Nichtstuns gegen die Übergriffe der Alliierten. Wie konnte er gegen die Verletzung technischer internationaler Rechtssatzungen protestieren, wenn er die belgische Tragödie ohne Protest hatte abrollen lassen?

Zu Anfang waren einige Interessentengruppen sehr über die Handelssperre aufgebracht, vor allem die Kupfer- und Petroleumleute und die Baumwollpflanzer. Die ersteren beiden wurden bald versöhnt, als die Alliierten ihre Produkte zu steigenden Preisen abnahmen. Die Baumwollinteressenten dagegen, die eine schwere Krise durchmachten, hatten genügend Einfluß, um die Ausfuhr für Baumwolle zu erzwingen.

Nach einiger Zeit erließ die amerikanische Regierung einen juristisch gut begründeten Protest gegen das Einbringen amerikanischer Schiffe in englische Häfen, die ihrer Ansicht nach auf hoher See hätten untersucht werden müssen. Sie mußte dies tun, wenn sie die herkömmliche amerikanische Politik der freien See nicht aufgeben wollte. Überdies fürchtete sie, wie sie selbst ganz naiv zugab, durch Unterlassung eines Protestes eine Verletzung der Neutralität zu begehen und dadurch entschädigungspflichtig zu werden. Sie ließ es indes bei rechtlichen Auseinandersetzungen bewenden und erwähnte die englische Seesperre mit keinem Wort. Sie fürchtete sich vor jeder Verwicklung und wollte unter keinen Umständen Machtmittel anwenden, die irgendwie nach kriegerischen Maßnahmen ausgesehen hätten.*) So blieben nur Druckmittel wirtschaftlicher Art: Sperre der Ausfuhr von Munition, Sperre der Ausfuhr überhaupt, Verschließung des Marktes für fremde Anleihen. Alle diese Maßregeln waren zulässig und wären erfolgreich gewesen. Sie konnten aus einem sehr einfachen Grunde nicht angewendet werden: Sollte man den amerikanischen Handel nach den Alliierten-Ländern, der einen gewaltigen Umfang an-

*) Der Pazifist Bryan war damals Staatssekretär des Äußern.

genommen hatte, ganz oder teilweise lahmlegen, weil die Alliierten den Handel mit Deutschland verhinderten, an dem nur kleine Kreise ein Interesse hatten? Daher fand denn der Vorschlag, ein Ausfuhrverbot auf Kriegsmaterial zu legen, bis die Sperre beseitigt sei, keine Gegenliebe. Man glaubte überdies allen Ernstes, die Alliierten wären imstande, sich wirtschaftlich von Amerika unabhängig zu machen und fürchtete eine Absatzkrise.

Dazu kam noch eines. Die Vereinigten Staaten haben im Sezessionskrieg den Widerstand der Südstaaten größtenteils durch eine erfolgreiche Blockade gebrochen. Es war daher leicht, den Amerikanern einzureden, die Alliierten-Blockade sei von der Handelssperre, die die Vereinigten Staaten über den Süden verhängt hatten, nicht wesensverschieden. Daß das nicht richtig war, mußte im einzelnen wohl zugegeben werden. Handelte es sich dabei aber nicht bloß um Formalismus? Wenn es möglich war, den fürchterlichen Krieg durch eine Blockade zu beenden, so erschien das der großen Menge als eine recht zweckmäßige Art, Frieden herbeizuführen, ohne daß Millionen von Menschen geopfert wurden, auch wenn rechtlich nicht alles einwandfrei war. Der Durchschnittsamerikaner haßt Blutvergießen; er glaubte, daß die Handelssperre

einiges Unbehagen in Deutschland verursachen würde und eine Herabsetzung der Rationen zur Folge haben werde. Die entstehende Mißstimmung mußte zu einer Friedensbewegung führen. Diese Leiden standen doch in keinem Verhältnis zu den Schrecken einer Riesenschlacht. Daß Frauen und Kinder wirklich Mangel litten, glaubte niemand. Die deutsche Regierung wurde ja nicht müde, die Maßnahmen zu schildern, durch die sie den Hungerkrieg erfolgreich bekämpft hatte. Während ein Ausschuß amerikanischer Bürger eine Agitation zum Versand von Milch einleitete, um die kleinen Kinder Deutschlands vor dem Verhungern zu bewahren, ließ die Regierung Statistiken veröffentlichen, aus denen die Abnahme der Kindersterblichkeit hervorging.

V.

Die Ankündigung des Unterseebootkrieges brachte in Washington eine Art Panik zum Ausbruch. Sie stellte Washington vor die Frage: entweder erzwingen die Vereinigten Staaten die Aufrechterhaltung des internationalen Rechts, also auch England gegenüber. Sind sie dazu nicht imstande, so hat Deutschland das Recht der Wiedervergeltung, selbst wenn dabei amerikanische Interessen verletzt werden. Ein paar Tage schwankte die Regierung, ob sie sich der deutschen

Sperrverordnung vom 4. Februar 1915 ebenso fügen sollte, wie sie das gegenüber der englischen vom 2. November getan hatte. Dann entschied sie sich zu einer schroffen Antwort, in der sie Deutschland für den etwa entstehenden Verlust amerikanischer Leben und amerikanischen Eigentums verantwortlich machte, und verlangte, daß amerikanischen Bürgern der volle Genuß ihrer anerkannten Rechte, ungefährdet auf hoher See zu reisen, gesichert werde.

Die Gründe dieser unterschiedlichen Behandlung Deutschlands und Englands seitens der amerikanischen Regierung sind sicher recht mannigfache gewesen. Der Druck einer pro-englischen Stimmung in den gebildeten Kreisen hat dabei ebenso mitgewirkt, wie der Einfluß wirtschaftlicher Interessen. Wahrscheinlich waren aber feinere Motive an der Arbeit. Der Zauderer Wilson war in eine Lage versetzt worden, in der er handeln mußte. Er zürnte, nach Art solcher Naturen, demjenigen, der ihn vor die Qual der Wahl gestellt hatte. Man fühlte überdies in den Vereinigten Staaten, daß die Herbeiführung eines Konflikts mit England wirtschaftliche Gefahren und politische Bedrohungen zur Folge haben konnte, da die englische Flotte die See beherrschte, daß aber eine Auseinandersetzung mit Deutschland wenig positive Gefahren bot. Das ameri-

kanische Selbstbewußtsein verlangte ein kräftiges Vorgehen. Nur nach der deutschen Seite schien das gefahrlos. Überdies unterschied sich vom amerikanischen Standpunkt aus die englische Seesperre von der deutschen nicht unwesentlich. Die englische Sperrverordnung teilte den Neutralen mit, daß die Benutzung der Nordsee mit großen Gefahren verbunden sei, die auf die Tätigkeit des Feindes zurückzuführen seien, und vor denen sie die englische Flotte beim besten Willen nur unvollkommen schützen könne. Sie riet ihnen daher, den Weg durch den Kanal einzuschlagen. Die deutsche Verordnung erklärte dagegen ausdrücklich, daß die deutsche Flotte alle feindlichen Schiffe in dem Sperrgebiet zerstören werde. Der Untergang eines Schiffs im Nordseesperrgebiet konnte daher als bloßer Unglücksfall betrachtet werden, für den England keinesfalls verantwortlich war. Dagegen mußte die Verantwortung für den Untergang eines Schiffs im Sperrgebiet um England der deutschen Flotte zufallen. Es handelte sich also im einen Fall um einen bedauerlichen Unfall, den man hatte verhindern wollen, im anderen aber um eine absichtliche Handlung. Die englische Sperre erschien daher als Warnung, die deutsche als Drohung. Dieser Umstand war selbstverständlich von großer Bedeutung, wenn etwa Amerikaner ihr Leben

verlieren sollten. Präsident Wilson hat sicher richtig vorausgesehen, wie ein solches Ereignis auf die Amerikaner wirken würde. Er hat keine Schritte getan, um es zu verhindern, etwa durch ein Verbot der Reise auf feindlichen Schiffen, die Munition geladen hatten. Es ist mehr als zweifelhaft, ob er vor dem Untergang der Lusitania dies hätte durchsetzen können, selbst wenn er gewollt hätte. Die Unterscheidung, die später gemacht wurde, die deutsche Sperre gefährde amerikanische Bürger, während die englische bloß die Güterbewegung hindere, war zweifellos unrichtig, da die Nichtbeachtung der deutschen Sperre diese Folgen hatte, während die englische beachtet wurde. Sie faßte aber den Eindruck, den beide Maßnahmen auf die Masse machten, richtig auf. Der Tod von 120 Amerikanern, darunter vielen Frauen und Kindern, mußte ganz anders wirken, als etwa die Verhinderung der Weizenausfuhr. Und wenn auch diese Verhinderung geplant war, um ein Volk von 67 Millionen durch Hunger auf die Knie zu zwingen und dabei Frauen und Kinder zu Grunde gehen mochten, so war es vom amerikanischen Standpunkt aus etwas anderes, ob die Kriegführenden gegeneinander barbarische Handlungen vornahmen, oder ob sie gegen die Neutralen wüteten.

Aus Angst vor diesen Folgen leitete die ameri-

kanische Regierung Verhandlungen ein, die das internationale Recht in seiner Gesamtheit wiederherstellen sollten. Sie tat das nicht, um England vor der Aushungerung durch den U-Bootkrieg zu schützen, wie manchmal behauptet wurde. Damals glaubte kein Mensch in Amerika an die weitgehende Wirkung des Tauchbootkrieges.

Und wie sich seitdem gezeigt hat, waren damals die Tauchboote weder an Zahl, noch an Ausrüstung stark genug, um die Sperre erfolgreich zu machen.

Diese Tatsache läßt den Untergang der Lusitania für Deutschland besonders tragisch erscheinen, denn ihre Versenkung, die ihm so viele Sympathien in der ganzen Welt entfremdete, war nur ein Einzelereignis und nicht ein Glied einer unzerreißbaren Kette. Sie war das nicht infolge der Schwäche der deutschen Regierung, sondern weil die technische Entwicklung noch nicht ihren Höhepunkt erreicht hatte.

Präsident Wilsons Vermittlungsbestrebungen, die von Deutschland sofort angenommen wurden, mußten aber erfolglos bleiben. Die scharfe Note, die er an Deutschland gerichtet hatte, mußte die englischen Staatsmänner veranlassen, die Sperre unter keinen Umständen aufzuheben. Da er nur Deutschland und nicht sie bedrohte, so bestand keinerlei Gefahr, wenn sie fest blieben.

Das einzige, was eintreten konnte, war ein deutsch-amerikanischer Konflikt. Scheiterte die angeregte Verständigung und beharrte Deutschland auf seinem Vorhaben der Seesperre, so mußte über kurz oder lang das Leben von Amerikanern gefährdet werden. Dann mußte der Präsident entweder seine Drohungen wahr machen oder zurückweichen. Ein Präsident, der den Ruf eines starken Mannes sorgfältig gepflegt hatte, wie etwa Roosevelt, hätte auf Grund seiner bekannten Rauflust einen Rückzug antreten können. Ein überzeugter Pazifist, wie Wilson, dem noch der Makel seiner mexikanischen Untätigkeit anhaftete, konnte den Konflikt gar nicht vermeiden, zumal ein Wahlkampf drohte.

Wenige Wochen darauf sank die Lusitania. Man kann sich hier schwer den Entrüstungssturm vorstellen, der damals die gebildeten Kreise Amerikas, vor allem im Osten, durchbrauste. Die einfachen Volkskreise verhielten sich musterhaft ruhig, wie sie denn überhaupt während der ganzen Kriegsdauer den sogenannten Gebildeten, was Selbstbeherrschung und Würde anbetraf, weit überlegen waren. Aber auch sie waren tief erschüttert. Für viele von ihnen schien der Beweis erbracht, daß die Deutschen in der Tat die Barbaren waren, als welche sie die Alliierten hingestellt hatten.

Nur wenige bedachten, daß nicht die Absicht bestanden hatte, amerikanische Frauen und Kinder ums Leben zu bringen, und daß keine Beleidigung Amerikas geplant war. Und auch zu ihnen kam die Kunde, daß man in Deutschland den Untergang der Lusitania mit dem sie begleitenden Verlust an Menschenleben als nationalen Feiertag begangen habe. „Die Politik der Schrecklichkeit", der brutalen Einschüchterung, die bis dahin nur gegen Kriegführende geübt worden war, schien jetzt auch gegen Neutrale angewendet zu werden. Man wollte sie zwingen, so schien es, ihre amerikanischen Rechte aufzugeben und scheute nicht davor zurück, diesem Zweck unschuldige Amerikaner zu opfern. Die Verachtung, mit der gewisse Kreise in Deutschland stets von Amerika gesprochen hatten, schien den Beweis zu bringen, daß nicht Zufall, sondern bewußte Absicht im Spiele war, und daß dem amerikanischen Volke ein beabsichtigter Schlag ins Gesicht gegeben worden sei. Schon die Warnung, die ursprünglich erlassen worden war, erschien als Beleidigung. Denn nach der naiven Vorstellung des amerikanischen Volkes hat der amerikanische Bürger das Recht, überall hinzugehen, wo er will. Eine fremde Regierung, die ihm dieses Recht durch eine Anzeige in den Zeitungen untersagen wollte, — so wurde das Wort Warnung aufgefaßt, —

beleidige Amerika. Amerikaner, die die Warnung nicht berücksichtigen, ohne Rücksicht auf Stellung, Alter und Geschlecht wie Ratten zu versenken, war eine Brutalität, die zum Himmel schrie. Wohl gab es eine ganze Anzahl ruhiger und vernünftiger Männer, die sagten, daß die amerikanische Marine in einem solchen Fall kaum anders gehandelt haben würde. Aber fast alle Kreise, die Einfluß hatten, riefen nach Rache, zumal ja die amerikanische Gesellschaft einige ihrer einflußreichsten Mitglieder verloren hatte.

In diesen Tagen, wo es eine Kleinigkeit gewesen wäre, Amerika in den Krieg zu ziehen, sei es auch nur zur Rettung seines Selbstgefühls, hat Wilson mit aller Macht für den Frieden gestritten. Diejenigen, die nie müde werden zu behaupten, er habe von Anfang an den Krieg gewollt, vergessen, daß er sich damals trotz pöbelhafter Angriffe eine Gelegenheit zur Kriegserklärung entgehen ließ, wie sie die russische Revolution erst wieder brachte. Er stemmte sich gegen die Kriegsleidenschaft als Pazifist, weil er, wie er sagte, zu stolz zum Kriege war. Er wollte amerikanische Rechte nicht mit Waffen, sondern mit moralischem Druck verteidigen. Damals entwickelte sich zuerst der Gedanke, der später unvollkommen ausgeführt wurde: der deutsche Botschafter sollte seine Pässe erhalten. Das sollte nicht

das Vorspiel zum Kriege sein, sondern eine Verurteilung deutscher Methoden. Schon damals wurde erörtert, ob man nicht einen verfehlenden Staat durch eine allgemeine Verrufserklärung ebenso erfolgreich zur Rechenschaft ziehen könne, wie durch Waffengewalt. Es ist ein Gedanke, der zweifellos durchführbar ist, wenn mit ihm die Sperre aller wirtschaftlichen Beziehungen verbunden ist. Aber da die amerikanische Regierung die unrechtmäßige Zerstörung der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen durch die Alliierten geduldet hatte, so hatte sie sich des wesentlichsten moralischen Druckmittels selbst beraubt. Der Plan, der ganzen Welt zu zeigen, daß moralische Gewalt gewichtiger in die Wagschale falle als das Schwert, ließ sich nicht durchführen.

Bei seinem Bestreben, den Frieden zu erhalten, hatte Wilson mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Seine sprunghafte mexikanische Politik hatte ihm die Freunde eines energischen Einschreitens ebenso wie die Gegner der Einmischung entfremdet. Er hatte in der Note vom 10. Februar stolze Worte gebraucht. Sie waren von Deutschland nicht beachtet worden. Wenn er die Drohung, die sie enthielten, nicht ausführte, so war nicht nur sein Ansehen und damit seine Aussichten auf Wiederwahl dahin, es hatte auch Amerikas Stellung

als Großmacht eine empfindliche moralische Einbuße erlitten. Wenn er von einer Kriegserklärung absah, — und auf eine solche hatten ja seine Worte eigentlich hingewiesen, — so mußte ihm Deutschland wenigstens so weit Genugtuung geben, daß er einen moralischen Erfolg buchen konnte. Dernburgs Heimsendung bot ihm Gelegenheit, vorübergehend als starker Mann zu erscheinen und, wenn möglich, die Deutsch-Amerikaner einzuschüchtern. Er brauchte aber mehr als das. Auf der einen Seite erstrebte er eine Zusicherung Deutschlands, daß es auf den Tauchbootkrieg verzichten werde, so daß ähnliche Fälle wie die Lusitania unmöglich würden, auf der anderen Seite suchte er ein Eingeständnis zu erzwingen, daß Deutschlands Handlungsweise bei der Versenkung der Lusitania dem internationalen Rechte widersprochen habe. Er nahm den Standpunkt ein, daß alle Rechte der Neutralen von den Kriegführenden peinlichst respektiert werden müßten, und es Sache der Neutralen sei, inwieweit sie sich eine Beschränkung durch eine der beiden Parteien gefallen lassen sollten. Keinesfalls dürfe die andere Partei den Bruch internationaler Bestimmungen zum Anlaß von Wiedervergeltungsmaßregeln nehmen, die die Neutralen verletzen könnten. Er weigerte sich, einen Zusammenhang zwischen der deutschen und der englischen

Seesperre anzuerkennen, und konnte dabei dem Volke gegenüber sich darauf berufen, daß die deutsche Seesperre das Leben amerikanischer Bürger gekostet habe, die englische Seesperre aber nicht.

Seine Auffassung des internationalen Rechtes war dabei, wie die der meisten Amerikaner, von stark privatrechtlichen Gesichtspunkten bedingt. Es ist ihnen eine Art kodifiziertes Gesetzbuch, ein starres System, in dem alles aufgezeichnet ist, was rechtens ist. Was darin nicht erlaubt ist, ist verboten. Es ist die Aufgabe der Neutralen, dafür zu sorgen, daß keine Änderung und keine Neubildung im Kriege eintritt. Neue Verteidigungswaffen und neue Angriffswaffen, die in der Vergangenheit nicht ausdrücklich erwähnt werden, sind daher unstatthaft. Es gab und gibt ernsthafte Leute in den Vereinigten Staaten, die die Anwendung von Unterseebooten überhaupt für unzulässig erachten. Die Regeln des Seekrieges, so sagen sie, sind für Überseeboote gemacht. Unterseeboote sind keine Überseeboote, also gibt es keine Regeln, die ihre Anwendung gestatten. Das war wohl der Standpunkt, den Wilson ursprünglich eingenommen hatte. Er hielt es für ausgeschlossen, daß die Unterseeboote nach den Regeln verwendet würden, die das Seekriegsrecht im Interesse der Humanität vorschreibt. Eine Anwendung, die

diesem Gesetz zuwiderläuft, sei unzulässig. Diese Auf fassung ließ sich schon mit Rücksicht auf die Interessen der amerikanischen Flotte nicht verteidigen. Dagegen war er unter keinen Umständen gewillt, irgendwelche Zugeständnisse zu machen, die sich etwa aus der Natur der Unterseeboote ergeben hätten. Langwierige Verhandlungen folgten. Deutschland versprach während derselben, daß Angriffe auf Passagierdampfer nur nach den Regeln des Kreuzerkrieges gemacht werden sollten. Es betonte auf der anderen Seite die Notwendigkeit, bewaffnete Handelsdampfer als Kriegsschiffe zu behandeln. Es sah einen Augenblick so aus, als ob die amerikanische Regierung sich diese vernünftige Auffassung zu eigen machen wollte. Sie beugte sich aber dem Drucke der Alliierten. Und als der Kongreß den Versuch machte, den drohenden Konfliktstoff durch Warnung amerikanischer Bürger vor Reisen auf bewaffneten Handelsschiffen zu beseitigen, entspann sich ein gewaltiger Kampf zwischen dem Präsidenten und der gesetzgebenden Körperschaft. Der Präsident trug nach außen den Sieg davon. Als wenige Wochen darauf Deutschland das Versprechen gab, es werde den Unterseebootkrieg einstweilen nach den Regeln des Kreuzerkriegs führen, hatte er in den Augen der pro-Alliierten-Kreise der Vereinigten Staten als Ver-

fechter der Ehre des amerikanischen Volkes die Stellung wiedergewonnen, die ihn seine zögernde Haltung nach der Lusitania-Katastrophe gekostet hatte. Ein Eingeständnis, daß Deutschland bei der Versenkung der Lusitania widerrechtlich gehandelt habe, vermochte er allerdings nicht zu erzwingen, obwohl Deutschland sehr weit in seinem Entgegenkommen ging. Eine Einigung war fast erzielt, als die Frage der bewaffneten Handelsschiffe wieder aufkam. Wilson ließ die Einigungsformel fallen, einmal wohl, weil er fürchtete, das Ergebnis werde nicht alle Kreise zufriedenstellen, da Deutschland selbstverständlich das Recht der Wiedervergeltung nicht opfern konnte. Auf der anderen Seite aber war es ihm bequem, stets eine ungelöste Frage zur Hand zu haben, die nach außen zu Verhandlungen, nach innen zu Erfolgen verwendet werden konnte. Denn die Präsidentschaftswahl nahte. In Amerika wird in solchen Zeiten alles zu inneren Fragen. Darin unterscheidet sich Amerika übrigens kaum von anderen Ländern, nur daß es dort offener und naiver gemacht wird.

VI.

Neben der Frage der Ausfuhr von Kriegsmaterial, der Handelssperre und dem Tauchbootkrieg entwickelte sich ein anderes Problem, das von entscheidendem Ein-

fluß auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen sein sollte: das Problem der Deutsch-Amerikaner. Ursprünglich hatte die Mehrheit der Deutsch-Amerikaner in geradezu rührender Weise den Wünschen des Präsidenten Rechnung getragen, weder in Wort noch in Schrift die Gefühle der Amerikaner nichtdeutscher Abkunft zu kränken. Sie wahrten beinahe ängstlich eine weitgehende Neutralität und wagten es kaum, ihren Sympathien Ausdruck zu geben. Ehe der Lügenfeldzug der Alliierten gegen Deutschland begann, hatten viele von ihnen in dem ganzen Streit nur lau Partei ergriffen. Immer betonten sie von neuem, sie seien in erster Linie gute Amerikaner. Erst als ein großer Teil der hauptstädtischen Presse Newyorks nicht müde wurde, alles Deutsche mit giftigen Verleumdungen zu überschütten und zu verstehen gab, daß diejenigen, die mit der deutschen Sache sympathisierten, nicht besser seien, als die deutschen Barbaren, begann sich die Sache zu ändern. Warum sollten, so fragten sich die Deutsch-Amerikaner, gerade sie stillschweigend Neutralität bewahren und nicht laut mit ihren Stammesgenossen in der Heimat sympathisieren dürfen, wenn die anderen nicht nur ihrer Liebe, sondern auch ihrem Haß unbezähmt Ausdruck geben durften? Und warum mußten sie in Wort und Schrift neutral bleiben, wenn die

anderen durch die Tat, durch die Versendung von Kriegsmaterial, Partei ergreifen durften? Sie konnten es nicht begreifen, daß man als amerikanischer Bürger nicht gegen die Handelssperre protestieren dürfe, die amerikanische Rechte schädige, aber erklären dürfe, Amerika sei verpflichtet, die Waffenausfuhr fortbestehen zu lassen, auch wenn Tausende amerikanischer Bürger durch das Hinmorden ihrer Angehörigen aufs tiefste empört wurden. Aus der Erbitterung gegen die hauptstädtische Presse erwuchs mehr und mehr eine Bewegung gegen eine Regierung, die den Waffenhandel duldete. Sie zeigte sich bei der Wahl des Jahres 1914, wo infolge der mangelhaften deutschen Unterstützung ein Rückgang der demokratischen Stimmen sichtbar war. Sie wurde besonders laut in den Tagen nach der Versenkung der Lusitania, wo viele Deutsch-Amerikaner scharf betonten, das Unglück wäre nie geschehen, wenn die Regierung die Erzwingung des gesamten internationalen Rechts gewagt hätte, oder doch zum mindesten ihre Bürger vor der Benutzung feindlicher Schiffe gewarnt hätte. Die Geschichte wird den Deutsch-Amerikanern einmal die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß ihre Willensäußerungen die logische Fortbildung der politischen Prinzipien enthielt, die Wilson in seiner Aufforderung zur Neutralität an das

amerikanische Volk gerichtet hatte. Trotzdem mußte aber die Kluft zwischen ihnen und der Regierung immer tiefer werden. Dabei konnten sie auf keine Gegenliebe bei den maßgebenden republikanischen Kreisen rechnen, denn die republikanische Partei, zu der die Mehrzahl der Deutschen in der Vergangenheit gehört hatte, war nicht nur die Partei der Sklavenbefreiung und der nationalen Einheit gewesen, sie war auch die Partei der kapitalistischen Interessen, die an der Ausfuhr von Munition interessiert waren.

Die Erbitterung der Deutsch-Amerikaner war vom nationalen amerikanischen Standpunkt aus eine ernste Sache. Präsident Wilson hatte richtig erkannt, daß in einem Volke, das aus vielen Nationalitäten besteht, wie das der Vereinigten Staaten, die politische Einheit gefährdet werden muß, wenn Nationalitätenhaß entfacht wird. Er hatte nicht die Macht gehabt, dem Überspringen der Leidenschaften nach Amerika Einhalt zu tun. Sollten sie weiter um sich greifen, so war ganz klar, daß die Nationalitäten, die bis dahin einträchtig beieinander lebten und auf dem besten Wege waren, sich zu verschmelzen, auseinandergerissen und sich in feindlichen Lagern gegenüberstehen würden. Die Gefahr wurde durch den Umstand vergrößert, daß jede dieser Nationalitäten von einem europäischen Muttervolke

abstammte und bei ihm einen Rückhalt suchen würde, wenn sie sich als Minorität gefährdet sah. Es war leicht möglich, daß sie dann als Hilfstruppe dieses europäischen Landes in Amerika politisch mächtig wurde. Ein Amerika bewohnt von pro-englischen, pro-deutschen und pro-italienischen Bevölkerungsgruppen, die alle an ihr Mutterland angelehnt waren, mußte einen amerikanischen Patrioten mit Schrecken erfüllen. Soweit die Deutsch-Amerikaner in Frage kamen, war dies noch besonders bedenklich. Selbst ohne Deutsch-Österreicher und Deutsch-Schweizer stellen sie das stärkste fremde Bevölkerungselement in den Vereinigten Staaten dar. Zwar war die bereits in Amerika geborene Generation vom Verschmelzungsprozeß stark berührt worden, der Krieg hatte dem aber Einhalt getan. Viele in Amerika gebürtige Deutsch-Amerikaner, die nur mangelhaft deutsch sprachen, waren sich plötzlich unter den Beschimpfungen der Alliierten-Presse ihres deutschen Ursprungs bewußt geworden. Der Stolz auf deutsche Leistungen hatte ihr Selbstbewußtsein gehoben. Was jahrzehntelange Agitation nicht vermocht hatte, hatten wenige Wochen zustande gebracht. Im Gefühl ihrer neuerwachten Einheit waren die Deutschen nicht länger geneigt, dem angelsächsischen Element den unbestrittenen Vorrang einzuräumen, den sie ihm früher

so gern bewilligt hatten. Eine Emanzipation der Deutsch-Amerikaner schien im Werke zu sein. Mit Schrecken empfanden es die angelsächsisch fühlenden Oberschichten, daß das soziale Gebäude ihrer Vorherrschaft ins Wanken geraten sei.

Noch gefährlicher aber war die Sache für den Berufspolitiker. Die deutschen Bierbankpolitiker, auf deren „Einigt Euch!" die Deutsch-Amerikaner nie gehört hatten, weil sie weder in ihren Empfindungen und ihren Interessen bedroht gewesen waren, noch Neigung gehabt hatten, die politischen Geschäfte dieser Herren zu besorgen, sahen eine Gelegenheit, wie sie günstiger kaum sein konnte. Wenn es möglich war, das gesamte Deutschtum und alle, die mit ihm sympathisierten, mobil zu machen, dann erhielt man eine politische Macht, vor der beide Parteien kapitulieren mußten. Es war natürlich, daß diese Ansicht die nicht eben weitsehenden deutschen Berufspolitiker geradezu berauschte und sie das Ziel, das sie erstrebten, als erreicht ansehen ließ, lange bevor sie die nötigen Mittel zur Verfügung hatten. Auf der anderen Seite aber mußte das ganze politische Leben Amerikas in die Brüche gehen, wenn eine große Wählergruppe, die nicht durch gemeinsame Ziele und gemeinsame Interessen verbunden war, und nicht imstande war, das ganze amerikanische Volk zu

umfassen, sondern bewußt eine Rassenpartei war, die Entscheidung im Wahlkampf erhalten würde. Ehrgeizige Politiker hatten nicht nur für ihre Macht zu fürchten, als Patrioten mußten sie auch an die Zukunft ihres Vaterlandes denken, das sie nicht zu einem Nationalitäten-Staat, wie etwa die österreichisch-ungarische Monarchie, gemacht haben wollten.

Zum Wortführer dieser Politiker warf sich Theodor Roosevelt auf. Er begann gegen die Bindestrich-Politiker zu donnern, deren Treue nicht dem amerikanischen Wohnland, sondern dem europäischen Mutterland gehöre. Man muß ihm die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß er sich gegen alle Bindestrich-Amerikaner wandte, gegen die aristokratischen Schichten sowohl, die Englands Politik folgen wollten, als auch gegen die Deutsch-Amerikaner. Vom praktischen Gesichtspunkt aber aus war sein Angriff gegen die letzteren gerichtet. Es mußte verhindert werden, daß sie die Wahl entschieden, nicht nur, damit das System der Parteien ungeschwächt erhalten bliebe, sondern auch damit solche Absonderungstendenzen ein für allemal erstickt wurden.

Wilde Hetzen gegen die Deutsch-Amerikaner begannen. Man warf ihnen vor, sie seien nur Hilfstruppen des Kaisers und machten deutsche und nicht amerikanische Politik. Man zieh sie des Verrates an

der großen Republik, die sie gastfrei aufgenommen habe und deren Institutionen sie im Bunde mit Sendlingen des deutschen Despotismus zu untergraben trachteten. Manche Momente schienen diese Anklagen zu unterstützen. Da es den Deutsch-Amerikanern vielfach an Kenntnis deutscher Verhältnisse fehlte, so war es natürlich, daß sie sich um Aufklärung und Beratung an Reichsdeutsche wandten. Und da ihre Begeisterung für die deutsche Sache grenzenlos war, so war es selbstverständlich, daß sie Versammlungen, in denen der deutsche Standpunkt vertreten wurde, in Massen besuchten und die deutsche Aufklärungsliteratur gierig verschlangen. Das ließ sich leicht als Zeichen dafür auslegen, daß sie von fremden Agenten geleitet wurden. Dazu kam, daß viele von ihnen in der Erbitterung sich zu unvorsichtigen Äußerungen hinreißen ließen und sich in einer Kritik ihrer Regierung gefielen, die zwar in einem republikanischen Lande geduldet werden mußte, aber doch vielfach Anstoß erregte. Überdies waren ihre Führer meist Berufspolitiker, aufgewachsen in dem kleinen Kreise der Beute bringenden Lokalpolitik und nicht imstande, ihre Anhänger fest durch die Brandung einer Weltkrisis zu steuern. Das Ergebnis war ein Versuch, die Deutsch-Amerikaner völlig zu isolieren. Wenn man die Besonnenen unter ihnen einschüchterte

und es jeder der beiden Parteien unmöglich machte, sich öffentlich mit den Deutsch-Amerikanern zu identifizieren, dann neutralisierte man deren Votum, wie groß es auch immer war. Es blieb ihnen dann nichts weiter übrig, als sich zu zersplittern. Dann würden die alten Parteilinien von selbst wieder zum Vorschein kommen, wenn die Deutsch-Amerikaner nicht vorzogen, für einen dritten Kandidaten zu stimmen, etwa einen Sozialisten, der wenig Aussicht auf Erfolg hatte.

Die Roosevelt'sche Agitation wurde von Wilson aufgegriffen. Vom Standpunkt der demokratischen Partei war eine Verhetzung und Verärgerung der Deutschen verhältnismäßig ungefährlich. Sie konnte nur dadurch bedenklich werden, daß man die mit den Deutschen sympathisierenden Stimmen der Iren verlor. Man rechnete von Anfang an damit, daß zwei Drittel der deutschen Stimmen immer der republikanischen Partei gehört hatten, man konnte also nur das letzte Drittel verlieren. Machte man energisch gegen die Bindestrich-Politiker Front, so würde man diesen Entgang durch Gewinn von pro-Alliierten-Stimmen wieder einbringen.

Die Führer der Deutsch-Amerikaner ließen sich nun in der Tat in diese Richtung drängen. Ein großer Teil ihrer Anhänger, darunter gerade die Besten, fühlten sich durch die Angriffe des Präsidenten in ihrer Ehre

als Amerikaner verletzt. Sie wären nur schwer dazu zu bewegen gewesen, ihre Stimmen für ihn abzugeben. So wurden die Deutsch-Amerikaner in die Arme der Republikaner getrieben. Sie ließen sich die Gelegenheit entgehen, sich die Freiheit der Entscheidung bis zuletzt zu sichern und dadurch beide Parteien in Ungewißheit zu halten. Sie widersetzten sich der Nomination von Root und Roosevelt als Präsidentschaftskandidaten in Chicago und trugen das ihre zur Nomination von Hughes bei. Sie legten sich für ihn fest, ohne eine wirkliche Garantie für seine künftige Politik zu haben. Sie waren sich klar, daß er eine solche nicht geben konnte, denn er konnte nur gewählt werden, wenn die pro-Alliierten kapitalistischen Interessen der republikanischen Partei ihn ebenso unterstützten, wie die pro-deutschen. Das Ergebnis war also nur, daß sie sich bewußt gegen Wilson festlegten, ohne indes seine Wahl verhindern zu können. Denn der ganze Wahlkampf mußte von den Republikanern mit halber Kraft geführt werden, da nur so die Hoffnung bestand, dem Kandidaten zweier feindlicher Flügel zum Erfolg zu verhelfen. Das ermöglichte es der demokratischen Partei, den Feldzug gegen die Bindestrich-Politiker abflauen zu lassen und eine versöhnliche Note gegenüber den Deutschen anzuschlagen. In weiten Teilen des

Landes griff die Überzeugung Platz, daß Wilson in den Lusitania-Tagen das Land vor dem Krieg bewahrt habe. Das Ergebnis war, daß Wilson als „Friedenspräsident“ gewählt wurde. In den meisten Landesteilen hatten die Deutsch-Amerikaner für Hughes gestimmt. Vielerorts waren aber ihre Stimmen zersplittert.

Die Wahl war zweifellos eine Niederlage der Deutsch-Amerikaner, soweit sie als geschlossene Einheit aufgetreten waren, und ein Mißerfolg der Politik, Amerika in seine einzelnen Nationalitäten zu zerreißen. Die amerikanischen Staatsmänner mußten sich aber mit dem Gedanken vertraut machen, daß ihre Behauptung, Amerika sei das Land, in dem alle fremden Völkerschaften reibungslos miteinander zu einer amerikanischen Einheit verschmolzen, unrichtig war. Volle nationale Einheit war, wie die Erfahrung gezeigt hatte, nicht vorhanden. Sie mußten mit der Möglichkeit rechnen, daß die einmal erwachten Reibungstendenzen nicht sobald erlöschen würden und sich die Frage vorlegen, ob es kein Mittel gäbe, die auseinanderstrebenden Kräfte zu versöhnen. Der europäische Krieg hatte das amerikanische Nationalitätenproblem in Fluß gebracht. Es gab nur zwei Mittel, es zu beseitigen: einen schnellen, gerechten Frieden oder Teilnahme Amerikas am Krieg.

VII.

Die vorläufige Regelung der Unterseebootfrage im Sinne der amerikanischen Regierung wurde in Deutschland von vielen Seiten als Schwäche der deutschen Regierung bezeichnet. Sie habe ihren Standpunkt aufgegeben und durch ihr Zurückweichen dem Bluff der Vereinigten Staaten zum Siege verholfen. Man hat sogar gesagt, ihre unangebrachte Nachgiebigkeit habe Amerika zu immer wachsenden Ansprüchen verleitet, obwohl doch Präsident Wilson seine ursprüngliche Auffassung von der Unzulässigkeit des Unterseeboot-Krieges stark eingeschränkt hat. Überdies ist sich die öffentliche Meinung in Amerika einer solchen angeblichen Nachgiebigkeit nie bewußt geworden. Sie hat vielmehr seit dem Untergang der Lusitania die Empfindung gehabt, Deutschland nehme wenig Rücksicht auf Amerikas Rechte und Würde. Sie ist darin durch die Gerüchte von den vielen „Verschwörungen" bestärkt worden. Es ist charakteristisch, daß ähnliche Angriffe von der amerikanischen Kriegspartei gegen Wilson erhoben wurden.

Diese vorläufige Erledigung stellte nun die amerikanische Regierung vor die Notwendigkeit, etwas gegen die englische Blockade zu tun. Diese, mitsamt den sie begleitenden Maßnahmen der Postsperre, der schwarzen

Listen u. a. war längst über das erträgliche Maß hinausgewachsen, gegen das sich der Protest ursprünglich gerichtet hatte. England hatte die Verschärfung der Blockade seinerzeit als Vergeltungsmaßregel gegen den Unterseebootkrieg begründet. Es hatte sie beibehalten und verstärkt, auch nachdem der Unterseebootkrieg wesentlich eingeschränkt worden war. Die amerikanische Regierung zeigte indes wenig Lust zu energischen Maßregeln. Über ein paar nicht eben wesentliche Maßnahmen gegen schwarze Listen und ähnliches kam sie nicht heraus. Sie wollte internationale Verwicklungen mit den Alliierten vermeiden. Sie konnte das aber auf die Dauer nur tun, wenn der Frieden bald kam. War das nicht der Fall, so mußte entweder eine Wiederaufnahme des Tauchbootkriegs einen Bruch mit Deutschland herbeiführen oder der Druck der öffentlichen Meinung mußte den Präsidenten zu energischen Maßregeln gegen die Alliierten veranlassen. Dabei war bekannt, daß der Präsident seit langem den Wunsch hegte, den Krieg durch eine groß angelegte Friedensaktion zu beenden. Schon bei den Verhandlungen über die Torpedierung der Sussex soll davon die Rede gewesen sein. Die zeitweilige Einschränkung des Unterseebootkriegs und seine Wiederwahl gaben ihm die Möglichkeit, an diese Aufgabe heranzutreten.

Wilson hatte sich sofort nach der Wahl mit dem Gedanken getragen, eine Friedensbewegung einzuleiten. Die Entrüstung, die die geschickt aufgebauschten Erzählungen über die belgischen Deportationen in Amerika erregt hatten, veranlaßten ihn, den entscheidenden Schritt aufzuschieben. Erst das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 zwang ihn zu handeln, da er fürchten mußte, zu spät zu kommen und unter Umständen dann von der Teilnahme an den Friedensverhandlungen ausgeschlossen zu sein. So nützlich dieser Druck auf der einen Seite war, so schädlich wirkte er auf der andern. Was als freie, durchaus unbeeinflußte Handlung des großen Neutralen die Welt entscheidend beeinflußt haben würde, erschien vielen jetzt als Hilfeleistung für Deutschland. Dadurch waren die Möglichkeiten des Friedens sehr verschlechtert worden. In England, in Frankreich, ja auch selbst im Alliiertenfreundlichen neutralen Ausland wurde Wilson unverhohlen des Zusammenspielens mit der deutschen Despotie angeklagt. In Deutschland dagegen stieß man sich selbst in den Kreisen, die ihm früher nicht feindlich gegenüberstanden, an Amerikas Teilnahme beim künftigen Friedenskongreß.

Die Friedensideen, die Präsident Wilson in seiner Dezembernote und in der Rede im Senat vom 22. Ja-

nuar entwickelte, enthielten nun keineswegs Bedingungen, die den deutschen Interessen zuwiderliefen. Wilson stand damals auf dem Standpunkt eines Verständigungsfriedens, bei dem es weder Sieger noch Besiegte geben sollte. Das war zweifellos vom Standpunkt der Alliierten eine wenig erfreuliche Forderung. Deutschland, das auf allen Schlachtfeldern den Sieg davongetragen hatte, hatte kaum nötig, sich dies durch Worte bescheinigen zu lassen. Es sollte ein Frieden sein, der die Zustimmung aller Völker erhalten werde. Die Sonderbündnisse, die die europäischen Reiche bis dahin in feindliche Gruppen geschieden hatten und damit die ganze Welt umspannende zusammenhängende Reibungsflächen geschaffen hatten, sollten aufhören. An ihre Stelle sollte ein Bündnis der Völker treten, das den Frieden garantieren sollte. Dabei sollten die Vereinigten Staaten mitwirken. Große und kleine Völker sollten in diesem Bunde gleichberechtigt sein. Die unterdrückten Nationen sollten befreit werden, denn „die Sanktion der Regierungen fließt aus der Zustimmung der Regierten". Die Freiheit der See sollte verbürgt werden. „Die Seewege müssen rechtlich sowohl wie tatsächlich frei sein!" Weitgehende Abrüstungen sollten folgen, zu Wasser und zu Lande, wobei betont wurde, daß die Abrüstung zu

Lande weit schwierigere Probleme aufwerfe, als die zur See.

Diese Grundlagen des Wilsonschen Friedensprogramms wurden in Deutschland wenig günstig aufgefaßt. Es ist selbstverständlich, daß Wilsons Ausführungen vieles enthielten, was dem Kenner europäischer Verhältnisse dilettantisch erscheint. Sie enthielten wenig oder nichts, das vom deutschen Standpunkt aus bedenklicher gewesen wäre, als vom Standpunkt der Alliierten. Wenn als Beispiel die Nationalitätenfrage herangezogen wurde, so konnte das nach der Schaffung eines Königreiches Polen wenig Bedenken erregen. Und wenn sie als Ganzes aufgerollt werden sollte, so war das Deutsche Reich, unter dessen Bürgern die Angehörigen fremder Nationalitäten nur eine verschwindende Rolle spielten, in sehr viel glücklicherer Lage als seine Gegner, ganz besonders das britische Weltreich. Vor allem aber gab die Betonung des Prinzips der freien See einer weltpolitischen Forderung Deutschlands den denkbar schärfsten Ausdruck. Es ist sehr charakteristisch, daß kurze Zeit darauf, auf Anregung des Staatssekretärs Lansing, die Freiheit der Meere kodifiziert wurde.

Das deutsche Friedensangebot hatte in Amerika nicht nur den Präsidenten zu schnellem Handeln ge-

zwungen, es hatte auch auf die Öffentlichkeit einen glänzenden Eindruck gemacht. Es gab wohl Leute, die behaupteten, es entspringe der völligen Erschöpfung. Sie widersprachen sich aber selbst, da sie gleichzeitig betonten, das Ganze sei nur eine Finte, um die Alliierten ins Unrecht zu setzen und die Stimmung in Deutschland zu verbessern. Die öffentliche Meinung in Amerika begann zu erkennen, daß Deutschland in der Tat für sein Dasein kämpfe und keinen Träumen von Weltherrschaft nachjage. Daher machte die Antwort der Alliierten auf die Note des Präsidenten sowohl wie auf die deutsche Anregung einen schlechten Eindruck. Trotz geschickter Aufmachung verkannte man nicht, daß die Forderungen der Alliierten anmaßend waren und weder den Machtverhältnissen noch den Rechtsverhältnissen entsprachen. Man verstand Deutschlands Entrüstung vollkommen und war in weiten Kreisen der Ansicht, daß es sich um einen Bluff der Alliierten handele, zumal das neue englische Ministerium ja gar nicht imstande sei, sofort über Friedensangebote zu verhandeln. Man ist in Amerika, wie in jedem demokratisch regierten Lande, daran gewöhnt, politische Reden nicht als Taten zu betrachten. Sie können, wenn man ein bißchen Geschicklichkeit besitzt, durch andere Reden leicht in ihr Gegenteil verkehrt werden.

Man hoffte daher, daß Deutschland den Gegenzug spielen und nun seinerseits mit konkreten Friedensbedingungen herausrücken werde. Man hätte verstanden, wenn diese Bedingungen jetzt — auf die anmaßenden Forderungen der Alliierten hin — ziemlich anspruchsvoll gewesen wären. Man bedauerte allseitig, daß sie nicht als Ganzes der Welt bekannt wurden, denn für die technischen Schwierigkeiten der Behandlung von Friedensbedingungen in der Presse der ganzen Welt hatte man auch in deutsch-freundlichen Kreisen wenig Verständnis. Man gab die Hoffnung nicht auf, daß die Friedensbedingungen schließlich doch von Erfolg gekrönt werden würden. Die Ansprache des Präsidenten im Senat gab dieser Auffassung noch neue Nahrung. Es schwirrten Gerüchte, daß der Präsident, um einen Druck auszuüben, den Kriegführenden seine Vermittlung angeboten habe, und daß diese Vermittlung angenommen worden sei.

VIII.

In diese Stimmung hinein platzte wie eine Bombe die Note vom 31. Januar 1917, die eine fast völlige Handelssperre über England, Frankreich und Italien verhängte. Es handelte sich jetzt nicht mehr um die Frage, ob amerikanische Bürger auf bewaffneten feind-

lichen Dampfern fahren sollten, es handelte sich um die Frage, ob das amerikanische Volk mit Westeuropa Handel und Verkehr treiben dürfe oder nicht. Nicht nur die Kreise, die wirtschaftlich am Handel mit den Alliierten interessiert waren, fühlten sich geschädigt; das ganze Volk fühlte sich beleidigt und in seinen Rechten gekränkt. Die Freiheit der Meere, die Freiheit der Bewegung des amerikanischen Bürgers wurde von Deutschland angetastet. Gerade die Zugeständnisse, die Deutschland machte, daß wöchentlich ein Schiff auf bestimmter Route, gezeichnet mit den amerikanischen Farben, fahren dürfe, erschien als unerträgliche Beleidigung. Der preußische Schutzmann, so dachten viele, wollte die Polizei auf dem Weltmeere ausüben. Kaum eine Stimme der Verteidigung erhob sich; selbst die Blätter, die lange auf deutscher Seite gestanden hatten, verstummten, denn das war „eine Kriegserklärung an den Handel, die Rechte und die Souveränität aller neutralen Staaten". Als nach drei Tagen der Präsident die Beziehungen abbrach, ging ein Gefühl der Erleichterung durch das Land. „Gott sei Dank", hörte ich eine Dame sagen, „jetzt können wir wieder anderen Menschen ins Auge sehen." Amerika bildete sich ein, es sei systematisch in den letzten zweieinhalb Jahren von Deutschland gedemütigt worden. Es war die Erbit-

terung über die vermeintlichen Demütigungen, die dem Präsidenten den Abbruch der Beziehungen aufzwang. Man hatte längst vergessen, daß die deutsche Sperre aus der Munitionsfrage und der Blockade hervorgegangen war. So nur erklärt es sich auch, warum die Deutsch-Amerikaner ihre Opposition fallen lassen mußten. Sie konnten sich energisch gegen eine Politik wenden, die Amerika zum Werkzeug der Engländer und Franzosen zu machen schien. Sie konnten Deutschland nicht verteidigen, wenn dessen Politik nicht nur die Interessen, sondern auch die Würde des amerikanischen Volkes zu verletzen drohte.

Der Abbruch der Beziehungen schien damals nicht den Krieg zu bringen. Die Idee der moralischen Strafe, die stets lebendig in Wilson gewesen war, erwachte von neuem. Wilson versuchte die Neutralen zu gewinnen, an der Verrufserklärung gegen Deutschland teilzunehmen. Er war tief erbittert, daß sie, die materiell in ganz andern Verhältnissen sich befanden und deren Ehre durch seine Erklärungen in der Vergangenheit ja nicht verpflichtet war, mit kühler Ablehnung antworteten. Diese Erbitterung zittert vielleicht noch heute in den Versuchen nach, den europäischen Neutralen die Beschaffung der Lebensmittel zu erschweren.

Trotzdem schien es noch am 14. Februar, als ich die

Vereinigten Staaten verließ, wenig wahrscheinlich, daß Amerika in den Krieg eingreifen würde. Allgemein erwartete man einen baldigen Frieden. Weite Kreise sahen in der Wiederaufnahme des unumschränkten Unterseebootkriegs nur die Tat eines Verzweifelten, der dem Zusammenbruch nahe war. Denn auch damals wurde die mögliche Wirkung des U-Bootkriegs gering eingeschätzt. Einflußreiche Schichten waren gegen jeden Krieg, denn der Ehre des Landes sei genug getan. Man könne nicht die Überlegenheit der moralischen Mittel über brutale Gewalt dadurch beweisen, daß man selbst zu den Waffen greife. Dazu kam der Widerstand der Deutschen und Iren. Überdies befürchteten viele, daß ein Krieg Amerika in eine Allianz mit den Alliierten verstricken werde. Und die Abneigung gegen europäische Allianzen war seit der Abschiedsrede von George Washington geheiligte Tradition des amerikanischen Volkes.

Alle diese Kräfte wurden durch die Entwicklung der mexikanischen Situation außer Wirkung gesetzt. Daß Deutschland im Kriegsfall mit Mexiko zusammengehen würde, war eine Sache, an die man in Amerika oft dachte, und die wohl wenig Entrüstung erregt hätte, obwohl allerdings Mexiko bei der Wilsonschen Verwaltung stets ein wunder Punkt war. Das Volk er-

bitterte es, daß man den mexikanischen Banditen amerikanisches Gebiet anbot und zwar auch solches, in dem Deutsch-Amerikaner ansässig waren. Der ganze Vorgang schien der beste Beweis für die Behauptung der Alliierten zu sein, daß Deutschland nicht die Rechte anderer Nationen achte und Länder ohne Rücksicht auf die Bewohner verschenke.

Was die Regierung erzürnte, war noch schlimmer. Zu einer Zeit, wo die amerikanische Regierung vertrauensvoll mit der deutschen Regierung verhandelte, und, wie es hieß, ein Vermittlungsangebot an alle Kriegführenden gerichtet hatte, suchte Deutschland insgeheim ein Bündnis mit Amerikas Feinden in die Wege zu leiten. Konnte man sich ein schlimmeres Beispiel politischer Treulosigkeit vorstellen? War jetzt nicht der Beweis der Behauptung erbracht, die die Alliierten so oft erhoben hatten, daß man mit der deutschen Regierung nicht verhandeln könne? Es braucht nicht betont zu werden, wie charakteristisch amerikanisch diese Auffassung ist, die vollkommen vergißt, daß Staaten für ihre eigene Sicherheit sorgen müssen, und nicht begreift, daß man in Kriegszeiten rechtzeitig planen und schnell handeln muß. Es genügt, zu betonen, daß dies die Auffassung war; sie ist wohl die Erklärung für den besonders bittern Ton der Wilsonschen Kriegserklärung.

Ob diese Kriegserklärung schon infolge der mexikanischen Angelegenheit erfolgt wäre, ist zweifelhaft. Sie erhielt den letzten Anstoß durch die russische Revolution. Die russische Revolution beseitigte einmal die Furcht der amerikanischen Staatsmänner vor einem Bund der europäisch-asiatischen Despotien, der Rußland, Japan und die Zentralmächte umfassen sollte. Er schaltete lebhafte innere Widerstände gegen den Anschluß Amerikas an die Alliierten aus, denn der Haß gegen das Zarentum sitzt tief in Millionen amerikanischer Bürger. Die naive amerikanische Auffassung, die im wesentlichen aus englischen Quellen gespeist wurde, sah in der Revolution nur den Sieg der westeuropäischen Demokratien, der ohne Blutvergießen erfolgt zu sein schien. Es war das größte Wunder der Weltgeschichte. Überall in der Welt sei jetzt die Demokratie zur Herrschaft gekommen, eine Ausnahme bilde nur Deutschland-Preußen. Amerika, die eigentliche Mutter dieser Demokratie, könne nicht abseits stehen, wenn der Entscheidungskampf gegen die letzten Stützen des Despotismus in der Welt geführt werde.

In Regierungskreisen hat man dagegen sehr viel kühler geurteilt und in der russischen Revolution eine Schwächung, nicht eine Stärkung der Alliierten gesehen. Es war aber jetzt möglich, den demokratischen

Missionsfanatismus zu erwecken, der im amerikanischen Volke drinsteckt und den Widerspruch der Pazifisten zu brechen. Sie wurden als Söldner Deutschlands und als Hilfstruppen des Absolutismus angegriffen. Es war nicht verwunderlich, daß gerade die Deutsch-Amerikaner verstummten und den Widerstand den Pazifisten überließen. So haben nicht materielle Interessen und nicht angelsächsische Rassengemeinschaft den letzten Ausschlag gegeben, es war der demokratische Taumel, der Amerika ergriffen hat und der kindlich naive Wunsch, uns die Segnungen der Demokratie zukommen zu lassen. Amerikas Beitritt zur Sache der Alliierten werde die deutsche Revolution beschleunigen, deren Ausbruch man für gewiß hielt. In nicht zu übertreffender Weise hat Präsident Wilson diese Situation ausgenutzt. Nachdem er in der Botschaft vom 2. April ausgeführt hatte, daß eine Erklärung des Kriegszustandes gegen Deutschland nötig sei, da die Gefahr bestände, es würde Amerikaner auf bewaffneten Handelsschiffen als Piraten behandeln, betonte er, sein Kriegsziel sei: „die Prinzipien des Friedens und der Gerechtigkeit im Leben der Welt gegen selbstsüchtige autokratische Regierungen zur Anerkennung zu bringen". Der Krieg gelte nicht dem deutschen Volke, sondern der deutschen despotischen Regierung, die mit Spionen und Ver-

schwörungen friedfertige Länder überziehe und stets mit arglistiger Täuschung vorgehe. Mexiko und die vielen deutschen Putsche seien der beste Beweis hierfür. Die Welt müsse für die freie Entwicklung der Demokratie gesichert werden, wie sie in der russischen Revolution sich so glänzend offenbare. Er hatte damit den gewünschten Erfolg.

IX.

Hinter den politischen Phrasen Wilsons standen indes konkrete staatsmännische Ziele: Ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen auf den nichts weiter folgt, ist eine schöne Geste. Solange er droht, kann sie Einfluß üben. Wenn er vollzogen ist, wird sie wirkungslos, wenigstens in einem Falle, wo die wirtschaftlichen Beziehungen schon längst abgebrochen sind. Ihr Mißlingen zeigt die Bedeutungslosigkeit des bloßen moralischen Drucks. Wilson hat einsehen müssen, daß er mit demselben weder imstande ist, die Streitenden zu trennen, noch Amerikas vermeintlichen Rechte zu wahren. Daraus ergab sich die Notwendigkeit für ihn, die Machtmittel der Vereinigten Staaten den veränderten Umständen gemäß zu organisieren.

Es ist im höchsten Grade ungewiß geworden, ob ein Frieden ohne Sieg, wie ihn Wilson im Herbst erhoffte, möglich sein wird. Das Ergebnis des Kampfes kann

eine Störung des Gleichgewichts zwischen den europäischen Mächtegruppen zur Folge haben. Das Ausscheiden Rußlands und die Erfolge des Unterseebootkriegs haben das Ausschlagen des Züngleins der Wage nach der deutschen Seite wieder sehr viel wahrscheinlicher gemacht, als man in Washington im Februar glaubte. Wilson fürchtet einen bedingungslosen deutschen Sieg, da die Phantome deutscher Weltmacht einen großen Eindruck auf ihn gemacht haben. Diejenigen, die immer wieder betont haben, man müsse Amerika gegenüber entschieden auftreten, haben leider einen Erfolg gehabt, den sie kaum wünschten: Deutschland ist dem Vorwurf, seine Politik sei ängstlich, erfolgreich entgangen; man fürchtet mehr als je sein Streben nach Weltherrschaft. Aber auch ein völliger Sieg der Entente wäre Wilson nicht erwünscht. Man ist sich in Amerika der Tatsache voll bewußt, daß dieser Krieg das britische Reich, das bis dahin nur eine Seemacht hatte, zu einer beachtenswerten Landmacht gemacht hat. Diese Landmacht ist Amerikas Nachbar auf über 3000 Meilen. Sie besitzt die wichtigsten Flottenstützpunkte vor der amerikanischen Küste. Japan ist einstweilen ihr Alliierter, den allerdings ein Einvernehmen mit einem von Amerika finanziell abhängigen aber wirtschaftlich geförderten Rußland in der Flanke

bedroht. Es ist zweifelhaft, ob die Friedenskonferenz das Abrüstungsprogramm zu Wasser und zu Lande durchsetzen kann, das Wilson im Herbst entwickelt hat. Also muß Amerika gerüstet sein, denn nur so kann es seine Interessen zu Land und zur See wahren, ohne in bedrückende Allianzen mit anderen Mächten verstrickt zu werden. So hat denn Wilson die Erklärung des Kriegszustandes benutzt, um die allgemeine Wehrpflicht, um die sich schon lange ein heftiger Kampf entsponnen hatte, im Lande zur Annahme zu bringen.

Ohne die Erklärung des Kriegszustandes wäre Wilson kaum in der Lage gewesen, seinen Wunsch an den Friedensverhandlungen teilzunehmen, durchzusetzen. Da diese Friedensverhandlungen die künftige Gestaltung der Welt bestimmen werden, so ist es vom amerikanischen Standpunkt aus selbstverständlich, daß man dabei zu sein wünscht. Diejenigen, die einen Wilson-Frieden bekämpft haben, als Wilson es als eine Gunst ansah, zügelassen zu werden, werden mit ihm als der stärksten, weil am wenigsten erschöpften Macht, am Friedenstische rechnen müssen. Er wird so Gelegenheit haben, eben im Hinblick auf die unerschöpften neugeschaffenen Machtmittel, ein gewichtiges Wort mitzureden und vielleicht den Versuch machen, die Er-

folge des Schwertes am grünen Tische zu korrigieren. Nur so kann Amerika hoffen, seine Interessen allseitig, auch den Alliierten gegenüber, zu wahren.

Dazu kommen noch wichtige Gründe in der inneren Politik. Präsident Wilson ist nicht imstande gewesen, das Auseinanderstreben der die amerikanische Nation bildenden Nationalitäten zu verhindern. Nie zuvor hat es eine deutsch-amerikanische oder eine irisch-amerikanische Bewegung von der gleichen Leidenschaft gegeben. Der Ausgang der Wahl hat diese Entwicklung zwar beruhigt, er hat sie aber nicht beendet. Wenn eine verfehlte Politik im Frieden die Leidenschaften so unfesselbar auslöst, dann ist der Krieg das letzte Mittel, sie zu besänftigen. Wenn Amerika alle seine Söhne zu den Waffen rief, dann konnten die Deutsch-Amerikaner nicht zurückstehen, wenn sie auch Groll im Herzen tragen mochten. So wurde der Krieg benutzt, um die Einheit herzustellen, die der Frieden nicht zu erhalten vermochte. Diese Einheit wird nicht englisch sein. Sie wird trotz allem Geschrei kein Prozeß der Anglisierung werden; es soll nur der Prozeß der Amerikanisierung beschleunigt werden. Nach allen Nachrichten, die herüberdringen, hat man zwar die Deutsch-Amerikaner durch Märchen von Verschwörungen einzuschüchtern versucht, man hat sie aber im

großen ganzen nicht verärgern wollen, denn man weiß in Washington recht gut, daß ungerechte schlechte Behandlung der Amerikaner deutscher Abkunft eine Irredenta schaffen würde, die bis jetzt nicht bestanden hat.

Auf der anderen Seite hat der Präsident die Gelegenheit benutzt, die großen Geldinteressenten und die schwere Industrie unter die Staatskontrolle zu bringen. Er ist stets der Feind der Trusts gewesen. Er war nie von Wallstreet und der Morgan-Gruppe abhängig. Diese sind vielmehr in Wahlzeiten die Geldgeber der republikanischen Partei gewesen und damit die schwerste Gefährdung der demokratischen Partei, die an Mitteln arm ist. Es ist jetzt eine prächtige Gelegenheit vorhanden, die republikanischen Kapitalisten für patriotische Zwecke bluten zu lassen. Die schwere Industrie ist gezwungen worden, zu vernünftigen Preisen für die Regierung zu arbeiten. Eine scharfe Besteuerung hat eingesetzt, die die Kriegsgewinne rücksichtslos für den Staat in Anspruch nimmt. Die Finanzierung der Alliierten ist den großen Finanzhäusern entzogen worden und der Regierung vorbehalten, die eine dreieinhalbprozentige Freiheitsanleihe aufgelegt hat. Da das Einkommen aus dieser Anleihe steuerfrei ist, die Einkommensteuer für die großen Vermögen aber gewaltig

erhöht worden ist, so sind auf diese Weise die großen Interessen genötigt worden, die Anleihe zu subskribieren. Aber damit ist die Aufgabe der Regierung nicht erschöpft. Man hat gegen die zunehmende Knappheit der Lebensmittel und der Rohstoffe trotz aller Warnungen nichts getan. Man ließ die Alliierten aus Beständen kaufen, die sich der Erschöpfung näherten. Die Masse der städtischen Bevölkerung begann sich dagegen zu empören. Man hätte ihre Wünsche in Friedenszeiten nur durch ein Ausfuhrverbot berücksichtigen können. Der Krieg ermöglichte es, eine staatliche Lebensmittelkontrolle einzuführen, die die Ausfuhr zwar zuläßt, aber doch für die Bedürfnisse der Bevölkerung sorgt. Der Kriegszustand wird es auch ermöglichen, den Austrag der schweren sozialen Konflikte hinauszuschieben, die steigende Lebensmittelkosten bei gewaltigen Gewinnen mit sich bringen müssen, wenn zugleich die Zufuhr von Arbeit stockt. Und der Präsident kann endlich im Kriege das Programm einer staatlich kontrollierten Handelsflotte, die Amerika von fremden Fahrzeugen unabhängig machen soll, in ganz anderer Weise in Angriff nehmen, als das im Frieden möglich gewesen wäre.

Die Kette der Motive, die Wilson zur Kriegserklärung trieben, ist damit nicht erschöpft. Er hat vor

derselben einen erbitterten Kampf mit dem Senat geführt; einen Kampf, wie er in der Geschichte der Vereinigten Staaten zwischen Präsidenten und Senat sehr häufig ist. Der Krieg gibt ihm die Möglichkeit, sich dauernd als Vertreter des Volkes zu fühlen, während er im Kongreß nur staatliche Sonderinteressen und Berufspolitiker sieht.

Wilsons letzte politische Äußerung, seine Rede vom 14. Juni, zeigt, daß sich die allgemeinen Ziele seiner Politik stark verschoben haben. Aus dem Staatsmann, der einen Frieden ohne Sieg wollte, ist den veränderten Umständen entsprechend ein solcher geworden, der den Status quo ante nicht anerkennen will und vor allem die Rechte kleiner Nationalitäten wahren möchte. Es ist kein Zweifel, daß diese Schwenkung in erster Linie Elsaß-Lothringen einbegreift. Frankreich ist immer derjenige Alliierte gewesen, der in den Vereinigten Staaten die meisten Sympathien genoß. Elsaß-Lothringen gilt dem Durchschnittsamerikaner als unterdrücktes französisches Land. Die Zabern-Affäre hat ihm den hierfür notwendigen Beweis seiner Meinung nach geliefert. So sind die Kriegserklärung des Präsidenten und seine geradezu leidenschaftliche Agitation für eine Anteilnahme Amerikas am Kriege, abgesehen von persönlicher Erbitterung, aus einer Reihe von Be-

weggründen hervorgegangen, denen man eine gewisse staatsmännische Bedeutung nicht absprechen kann.

Daneben bleibt die Tatsache bestehen, daß das amerikanische Volk als Ganzes sich bis heute diese Auffassung noch nicht zu eigen gemacht hat. Es hat verstehen können, daß man die Beziehungen abbrach, weil amerikanische Leben gefährdet und Amerikas Würde verletzt wurde. Es konnte es nicht verhindern, daß auf den technischen Abbruch der Beziehungen die Erklärung des Kriegszustandes folgte. Nachdem aber sein Oberhaupt entschieden hatte, daß dieser Kriegszustand kein bloßer akademischer sein sollte, begnügt es sich nicht länger mit Motiven, es will Kriegsziele. Es kann in seiner Mehrheit das Rätsel nicht fassen, warum plötzlich das Blut seiner Söhne für Ziele fließen soll, die es nicht kennt, nachdem man es vor nicht allzu langer Zeit von autoritativer Seite versichert hat, es habe in diesem Kriege nichts zu suchen. Und es kann sich Kriegsziele, die das Opfer von Tausenden amerikanischer Leben wert sein sollen, schwer vorstellen.

Selbst beim günstigsten Ausgang des Krieges könnte es territoriale Entschädigungen von den Mittelmächten nicht erhalten, da diese nichts besitzen, was den amerikanischen Ehrgeiz reizen könnte. Was an Treffern in diesem Kriegsspiel gewonnen werden kann, ist im Besitz

der Alliierten: Westindien, Kanada, die europäischen Siedlungen in Südamerika. Es gibt gewisse einflußreiche Kreise, die eine handelspolitische Machterweiterung der Vereinigten Staaten wünschen und die amerikanische Ausfuhr durch Machtentfaltung (Dollardiplomatie) unterstützen möchten. Der Einfluß dieser Kreise ist trotz reger Agitation örtlich beschränkt. Der amerikanische Ausfuhrhandel verschwindet an Bedeutung neben dem Binnenhandel. Überdies bedarf er nach dem Kriege keiner militärischen Stütze, um den Wettbewerb mit anderen Ländern aufzunehmen. Der Krieg hat so lange gedauert, daß die Handelsbeziehungen Deutschlands, mit Südamerika zum Beispiel, abgerissen sind. Die dortigen Konsumenten haben sich an amerikanische Waren gewöhnen müssen. Obwohl Amerika gerade in dieser Beziehung viele Fehler gemacht hat, so sind doch seine Kapitalkraft und seine Industrien so erstarkt, daß es die fremde Konkurrenz, und vor allem die deutsche, nicht zu fürchten braucht, ganz besonders nicht, wenn man die kommende Steuerbelastung in Frage zieht. Es sind außerdem so schmale Schichten an diesem Handel interessiert, daß ein Waffengang mit Deutschland zur Sicherung der errungenen Stellung nicht erzwungen werden könnte. Und es ist mehr als töricht, anzunehmen, die Vereinigten Staaten

seien in den Krieg gegangen, um die nötige Sicherung ihrer den Alliierten gemachten Vorschüsse zu erzwingen. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß der größte Teil dieser Anleihen durch erstklassige Wertpapiere gedeckt worden ist, so ist die Verlängerung des Krieges das ungeeignetste Mittel, die Zahlungskraft dieser alliierten Schuldner zu verbessern. Es ist nicht anzunehmen, daß denkende Köpfe den Glauben hegen können, eine deutsche Kriegsentschädigung werde die Alliierten aus allen Drangsalen befreien. Das ist um so weniger glaubhaft, als gerade die Finanzkreise der Vereinigten Staaten eine recht geringe Meinung von der Zahlungsfähigkeit Deutschlands haben.

In vielen Kreisen wird betont, Amerikas Kriegsziel sei eine Konsolidierung einer anglo-amerikanischen Allianz. Es ist kein Zweifel, daß dieser Gedanke von England aus eifrig gefördert wird. Es ist möglich, daß er Einfluß auf Präsident Wilson gewonnen hat. Er hat schon vor einem Jahre einmal mit ihm gespielt, er ist aber dann weit von ihm abgewichen. Das amerikanische Volk ist weder angelsächsisch, noch für eine anglo-amerikanische Allianz. Seine Sympathien gehören ausschließlich Frankreich, so daß es kein Zufall ist, daß unter den angedeuteten Friedenszielen des Präsidenten Elsaß-Lothringen eine Rolle zu spielen

scheint; eine Rolle allerdings, die dieser Meister einer kaleidoskopischen Politik jederzeit aufgeben kann. Vom Standpunkt der Vereinigten Staaten liegt ein zwingender Grund zu einer Allianz nicht vor. Nachdem dieser Krieg die Machtmittel der Vereinigten Staaten wirtschaftlich und militärisch gewaltig gestärkt hat, brauchen sie sich vor niemand mehr zu fürchten. Japan war eine Gefahr, wenn Amerika ungerüstet war. Nach Kanada lag die Grenze offen, wenn keine Armee zur Verteidigung vorhanden war. Wirtschaftlich und politisch bedürfen die Vereinigten Staaten heute keiner Unterstützung mehr. Sie können dem britischen Reiche vieles, das britische Reich kann ihnen wenig bieten. Selbst die Teilnahme an einem Zollbündnis könnte ihre Lage kaum verbessern. Sie können heute finanziell das britische Reich dominieren, und kontrollieren bereits einzelne seiner Gebiete, wie Kanada, in zunehmendem Maße. Und sie bedürfen nicht der englischen Unterstützung, um sich in Südamerika oder in Ostasien wirtschaftlich festzusetzen. Überdies würden gerade ihre wirtschaftlichen Interessen am britischen Reiche um so erfolgreicher gefördert werden, je mehr sie abseits stehen. Je größer die Opfer sind, die England bringen muß, desto überragender wird ganz von selbst die Stellung der Vereinigten Staaten, wenn sie ihr Pulver

trocken halten. Überdies hat der Traum eines Weltreichs wenig Verlockendes für die Masse der Amerikaner. Ihr Land ist so gewaltig und unerschlossen, daß die wirtschaftlichen Triebkräfte für einen vorwärtsstrebenden Imperialismus nur an einzelnen Punkten vorhanden sind. Die Mehrheit der Bevölkerung denkt wirklich demokratisch und fühlt nicht das Bedürfnis, andere Völker zu regieren. Der Traum eines auf Blutsgemeinschaft beruhenden allangelsächsischen Weltreiches beeinflußt ganz gewiß eine bestimmte Schicht. Es ist gerade die Schicht, die sich über die alldeutschen Träume am häufigsten erregt hat und bis heute nicht zu bemerken scheint, daß ihr Weltkultur-Programm auf den gleichen Grundzielen beruht, wie das der Alldeutschen. Man kann sie ruhig als die Alldeutschen der angelsächsischen Welt bezeichnen. Für das amerikanische Volk als Ganzes wäre ein Zusammenschluß mit dem britischen Reich eigentlich nur denkbar, wenn das britische Reich in diesem Krieg vollkommen zerbrochen würde. Wenn die deutsche Weltmacht sich zur Weltherrschaft auszuwachsen drohte, dann würde sich die Stellungnahme der Amerikaner ändern. Dann würden sie England als vorgeschobene Bastion amerikanischer Freiheit zu halten suchen, nachdem es aufgehört hätte, das Herz eines Reiches zu sein. Was ihnen eigentlich

am Herzen lag, war eine Föderation der amerikanischen Republiken, nicht, um dieselbe auszubeuten, sondern weil sie dann als Gleiche unter Gleichen an der Verwirklichung der demokratischen Ideale mitarbeiten könnten.

Es ist daher kein Zufall, daß man das mangelnde Interesse am Kriege durch den Hinweis auf die Gefährdung der Demokratie anzuspornen sucht. Amerikas Kriegspolitiker haben durch die Kriegserklärung bereits einen der Grundpfeiler der amerikanischen Außenpolitik niedergerissen: Nichteinmischung in die europäischen Angelegenheiten. Sie wollen jetzt einen Schritt weitergehen und an die Stelle eines Zusammenarbeitens zu einem bestimmten Zweck eine Allianz setzen und damit die Tradition aufgeben, die ihr größter Staatsmann ihnen zur Pflicht gemacht hat. Das wird nur möglich sein, wenn sie das Volk überzeugen, daß die Demokratie wirklich gefährdet ist. Und da ist es kein Zufall, daß der alte Popanz „Deutschland erstrebe die Weltherrschaft", von neuem auftaucht. Wieder huschen Nachrichten durch die inspirierte Presse, „Deutschland erstrebe einen Stützpunkt in Südamerika und suche mittels seiner Kolonisten Südamerika zu besetzen, um von dort die Demokratien der neuen Welt Staat um Staat aufzurollen". Und es ist nicht unmöglich, daß die klugen englischen Staatsmänner hier

die Frage der Unterseeboote geschickt benutzen. Früher, so hieß es, hat die britische Flotte Südamerika geschützt; wenn das Unterseeboot die britische Seeherrschaft bricht, besteht da nicht Gefahr, daß dieses Bollwerk verschwindet?

Darüber hinaus ist aber ein neuer Popanz geschaffen worden, der breiten Raum in Wilsons neuesten Äußerungen einnimmt und vielleicht einer ehrlichen Furcht entstammt. Man geht wohl nicht fehl, wenn man in dieser geschickten, auf den sprunghaften Geist des Präsidenten Wilson zugeschnittenen Suggestion, die feine Hand des klugen Skeptikers Arthur Balfour sieht. Präsident Wilson zittert vor Mitteleuropa. Es ist ihm nicht der wirtschaftliche Zusammenschluß der Zentralmächte im Kriege und nach dem Kriege, der durch den Bruch des internationalen Seehandelsrechts herbeigeführt wurde, es ist ihm der Versuch, 150 Millionen Menschen, deren Gebiet von der Nordsee bis zum Persischen Meerbusen reicht, politisch zu verschmelzen. Das treibt einen Keil durch ganz Europa und bedeutet nach ihm eine Verschmelzung der militärischen Hilfskräfte dieser Gruppe, die den Frieden der ganzen Welt bedroht. Das muß seiner Ansicht nach verhindert werden. Da Rußland ausgeschieden ist und nicht länger Konstantinopel verlangt, um einen

Riegel zwischen die deutsch-asiatischen Wirtschafts-beziehungen zu schieben, so muß die amerikanische Demokratie mobil gemacht werden. Sie muß protestieren und dazu beitragen, daß der Weg Berlin-Bagdad verlegt werde, nicht nur, damit der Türke, den Amerika haßt, beseitigt werde, sondern auch damit das englische Weltreich in Ägypten und in Indien, das doch sicher nicht auf Demokratie beruht, von Bedrohungen frei sei. Man sucht sogar sie zur Annahme des Pariser Wirtschaftsprogramms heranzuziehen, das ohne Amerikas Beitritt wenig Aussicht auf Erfolg hat. Es soll einmal als Kompensationsobjekt dienen, um unbequeme wirtschaftliche Abmachungen der Mittelmächte untereinander zu verhindern, es soll aber vor allem die wirtschaftliche Erholung Deutschlands unmöglich machen. An diesem Vorhaben wird Amerika nur teilnehmen, wenn es überzeugt ist, daß diese wirtschaftliche Erholung Deutschlands den Vorläufer eines Revanchekrieges bilden wird.

Es wird schwer fallen, das amerikanische Volk von der Größe dieser Gefahr so zu überzeugen, daß es blutige Opfer bringt. Das ist die Ansicht der maßgebenden englischen Kreise. Sie hoffen aber, daß diese Stimmung umschlagen wird, wenn die amerikanischen Vorhuten eingetroffen sind und ihr Leben für eine

Sache gelassen haben, die das amerikanische Volk nicht ergriffen hat. Sollten sie recht behalten, so ist es nicht zweifelhaft, daß Amerika mit allen Machtmitteln eingreifen wird, deren Größe heute nicht zu übersehen ist. Denn in einem Lande wie die Vereinigten Staaten, das von einem tüchtigen Volke bewohnt ist, sind die Kriegsmittel in letzter Linie, wie bei uns, nur bedingt durch den Kriegswillen. Für die Alliierten handelt es sich heute darum, Amerika zur wirklichen Teilnahme an einem Kriege zu bewegen, der vom amerikanischen Standpunkt aus nichts anderes als ein Präventivkrieg ist, und zwar ein Präventivkrieg zur Abwehr eines Popanz. Ob sie Erfolg haben werden oder nicht, wird die Zukunft zeigen. In diesem Kriege, wo gewaltigere Machtmittel wirtschaftlicher, technischer und militärischer Art entfaltet worden sind, als je zuvor, sind die großen Entscheidungen doch meist durch geistige Einwirkungen zustande gekommen. Legenden und Phantome haben in der Reihe unserer Gegner eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Wir wollen heute noch hoffen, daß die Phantome, die englische Darstellungskunst hervorgezaubert hat, am nüchternen Wirklichkeitssinn des amerikanischen Volkes scheitern werden. Wir können das unsrige zu ihrer Zerstörung beitragen. Nicht

durch eine Propaganda in Wort und Schrift, — deren Zeit ist abgelaufen. Heute wirkt nur noch die Propaganda der Tat, nicht die der Versprechungen. Wenn die Mittelmächte durch die Tat zeigen, daß sie nicht die Feinde der Demokratie sind und ebensowenig sich in anderer Völker Angelegenheiten einmischen wollen, wie sie eine Einmischung in die ihren gestatten werden, dann werden sie dieser Legende ein schnelles Ende bereiten. Denn es ist die Vorstellung der politischen Kulturgemeinschaft, die Amerika ins Lager von Deutschlands Feinden geführt hat. Es wäre töricht, den Kampf gegen Amerika dadurch zum Austrag zu bringen, daß Einrichtungen ins öffentliche Leben übernommen werden, die den deutschen Bedürfnissen nicht entsprechen, nur um den Anschluß an diese Demokratie zu gewinnen. Es wäre aber mehr als töricht, die Schaffung von Einrichtungen, die Deutschland haben muß und haben will, deswegen aufzugeben oder zu verhindern, weil man sich vor dem Beifall Amerikas fürchtet.

Druck von G. Kreysing in Leipzig.



